

Oskar Weggel

Taiwan - Ein Porträt (3)

Gliederung:

3.
Der Beginn der Guomintang-Herrschaft auf Taiwan: Licht- und Schattenseiten der Übergangsperiode

3.1.
Die Rückkehr Taiwans zu China

3.1.1.
Kairo, Potsdam und San Francisco

3.1.2.
1945-1949: Der Übergangsschock

3.1.2.1.
Der Anschluß

3.1.2.2.
Chen Yi - Ein Ärgernis auf dem Gouverneursposten

3.1.2.3.
Amtsmißbrauch und Mißwirtschaft unter Chen Yi

3.1.2.4.
Aufbruch: Die "Februar- und Märzereignisse"

3.1.2.5.
Chen Yis Absetzung und Hinrichtung

3.1.2.6.
Verfassungstheorie und Verfassungswirklichkeit in den Jahren des Übergangs

3.1.3.
Vor der Gefahr des Mandatsverlusts

3.1.3.1.
1949/50: Taiwans Schicksal am seidenen Faden

3.1.3.2.
Die Rettung der GMD-Herrschaft durch den Koreakrieg

3.1.3.3.
Erste innenpolitische Reformversuche: Spurenelemente neuen Denkens

3.2.
Das militärische Tauziehen um Taiwan

3.2.1.
Die großen Taiwan-Krisen im Vierjahrestakt

3.2.1.1.
Die Kämpfe an der Inselfront in den Jahren 1949/50

3.2.1.2.
Die Dachen-Krise von 1954/55 und der RCh/US-Verteidigungspakt

3.2.1.3.
1958 ff.: Das Dauerbombardement gegen Jinmen ("Quemoy")

3.2.1.4.
Die Nachwehen von 1962

3.2.1.5.
1966: Das Ende des "Vierjahreszyklus" und die "70-30-Politik"

3.2.2.
Die geostrategische Position Taiwans: Überlegungen und Beeinflussungen

3.3.
Die sozialpolitische Wende

3.3.1.
Phasen der sozioökonomischen Entwicklung

3.3.2.
Die Landwirtschaft - Prüfstein für ein neues Denken

3.3.2.1.
Bodenreform: Rückgriff auf das Vermächtnis Sun Yixians

3.3.2.1.1.
Der reformerische Doppelzwang

3.3.2.1.1.1.
Die Bodenreform als Folge der Knappheit an Ackerfläche

3.3.2.1.1.2.
Die Bodenreform als elementares gesellschaftspolitisches Anliegen

3.3.2.1.2.
Die drei Stufen der Bodenreform

3.3.2.1.3.
Ergebnisse der Bodenreform - Höhenflug der Landwirtschaft und soziale Symmetrie

3.3.2.2.
Die Gründung von bäuerlichen Genossenschaften

3.3.2.3.
Lebensmittelbevorratung

3.3.2.4.
"Entwicklung der Industrie mit Hilfe der Landwirtschaft"

3.3.3.
Industriepolitik

3.3.3.1.
Unternehmensreorganisation und die Entstehung staatseigener Kombinate

3.3.3.2.

Vorrang der Leichtindustrie und Importsubstitution

3.3.3.3.

Wirtschaftsplanung

3.3.4.

Stabilitäts- und Währungsreform sowie die Unterstützung von seiten der USA

3.3.4.1.

Inflation

3.3.4.2.

Die Währungsreform von 1949

3.3.4.3.

Die Hilfe der USA

3.4.

Die Schwingtüre Außenpolitik

3.

Der Beginn der Guomintang-Herrschaft auf Taiwan: Licht- und Schattenseiten der Übergangsperiode

Der Zeitraum zwischen 1945 und 1955 war das Jahrzehnt, in dem die Guomintang (fortan: "GMD") sich auf Taiwan festsetzte und ihre Herrschaft konsolidieren konnte.

Keine andere Epoche war so sehr von Widersprüchen und Ambivalenzen gekennzeichnet, wie dieser erste Abschnitt: Auf der einen Seite brachte er eine Fülle von Mißgriffen, die auch nach Jahrzehnten noch selbst den Sympathisanten Taiwans in Interpretationsschwierigkeiten bringen, auf der anderen Seite führten die neuen Herren eine Bodenreform durch, wie sie in dieser Weise bisher einzigartig in der Dritten Welt geblieben ist, weil sie erstens nicht mit den in sozialistischen Ländern damals üblichen Mitteln der entschädigungslosen Enteignung laborierte und weil sie zweitens (vielleicht gerade deshalb) besonders erfolgreich war und die Grundlagen für ein gesundes Wirtschaften in den nächsten Jahrzehnten legte.

Licht und Schatten liegen hier also dicht beieinander, und während das eine - vor allem die Bodenreform - all die Jahre hindurch auf Hochglanzpapier herauspoliert - und zu Recht als Erfolg gepriesen - wurde, war das andere die längste Zeit über tabuisiert. Immerhin dauerte es bis März 1988, ehe z.B. die Regierung erstmals einen offiziellen Ermittlungsbericht zur "Affäre vom 28. Februar" (1947) veröffentlichte.

Am Ende erweist man freilich niemandem - ganz gewiß auch nicht der GMD - einen Gefallen, wenn man, wie in der offiziellen Selbstdarstellung jahrzehntelang geschehen, über die damaligen Vorgänge den Mantel des Schweigens breitet.

Es ist nun einmal eine Tatsache, daß sich die GMD in den Jahren zwischen 1945 und 1949 auf dem Tiefpunkt ihrer Entwicklung befand - nach acht Jahren "Antijapanischem Krieg" und nach über drei Jahren Bürgerkrieg fast kein Wunder.

Immerhin muß man der Partei zugute halten, daß sie sich in den nachfolgenden Jahren aus ihrer Substanz heraus wieder erneuern und die Inselwirtschaft über eine Reihe von Reformen zu einzigartiger Blüte führen konnte. Ein solcher Erneuerungsprozeß ist der KPCh-Führung, die sich doch jahrzehntelang geradezu als Muster einer revolutionären Organisation glaubhaft zu machen versuchte, nie gelungen!

3.1. Die Rückkehr Taiwans zu China

**3.1.1.
Kairo, Potsdam und San Francisco**
1945 endete die Kolonialherrschaft der Japaner auf Taiwan. Die Insel ging wieder in chinesischen Besitz über, wobei die "Cairo Declaration" (Kailuo xuanyan) vom 1.12.1943, die "Potsdam Declaration" vom 26.7.1945 und der Friedensvertrag von San Francisco die Grundlagen abgaben.

Die Konferenz von Kairo (22.-26.11.1943) war das Ergebnis erbittert ausgefochtener Meinungsverschiedenheiten zwischen Jiang Jieshi und den beiden amerikanischen Generälen Stilwell und Chennault über die Kriegsführung in China.

Da dieser Konflikt angesichts der sich überstürzenden Ereignisse einer schneller Klärung bedurfte, baten Roosevelt und Churchill, die sich am 1.12.1943 zu einer Aussprache mit Stalin in Teheran treffen wollten, ihren fernöstlichen Verbündeten Jiang Jieshi, ihnen bis Kairo entgegenzukommen. Dort auch konnten sich die Drei auf gemeinsame militärische Operationen gegen Japan einigen. U.a. hieß es, daß es ihre Absicht sei, "Japan alle

Inseln im Pazifik zu entreißen, die dieses seit Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 in Besitz genommen oder besetzt hat, und der Chinesischen Republik alle Gebiete, die Japan den Chinesen gestohlen hat (has stolen), vor allem die Mandschurei, Formosa und die Pescadores, zurückzugeben. Die Drei werden in ihren Operationen so lange zusammenwirken, wie es nötig ist, um die bedingungslose Kapitulation Japans zu erreichen."¹

Bei der Jalta-Konferenz stimmte Stalin dieser Erklärung grundsätzlich zu. Ganz in diesem Sinn hieß es dann in der "Potsdamer Erklärung" vom 26.7.1945, daß sich die drei Großmächte (USA, Sowjetunion und Großbritannien) darin einig seien, daß die Erklärung von Kairo dem Geist und Buchstaben gemäß erfüllt werden müsse.

Im Friedensvertrag von San Francisco, der 6 Jahre später, am 8.9.1951, zwischen Japan auf der einen und 48 "Alliierten" auf der anderen Seite geschlossen wurde, und der das Ziel hatte, den Kriegszustand zu beenden sowie die noch verbliebenen Kriegsfolgefragen zu regeln, verzichtete Japan in Art.2 u.a. "auf alle Rechte und Ansprüche auf die Insel Formosa und die Pescadores".²

Im Vertragstext war, ganz im Gegensatz zu den eindeutigen Bekundungen von Kairo, nur noch von einem einseitigen Verzicht Japans die Rede, ohne daß gleichzeitig auch der Begünstigte genannt worden wäre, der in Kairo noch ganz eindeutig "China" geheißen hatte. Diese Sprachregelung hatte mehrere Gründe: Einerseits verbanden so verschiedene Teilnehmer wie die USA und die UdSSR mit dem Begriff China mittlerweile verschiedene Adressaten; andererseits sollte vielleicht auch der Bevölkerung Taiwans die Möglichkeit offengelassen werden, sich unter Umständen doch noch gegen einen Anschluß an das Festland und gleichzeitig für eine Republik Taiwan auszusprechen, wie es ja bereits 1919 geschehen war. Freilich blieb diese Option rein theoretisch, da zu dieser Zeit längst GMD-Truppen vom Festland gelandet und die Insel unter straffe Kontrolle genommen hatten.

3.1.2. 1945-1949: Der Übergangsschock

**3.1.2.1.
Der Anschluß**
Dieser historische Akt des "Anschlusses" hatte sich ziemlich genau sechs Jahre vorher ereignet. Bereits zwei Wochen, nachdem der japanische Kaiser am 15. August 1945 über Rundfunk die Kapitulation Japans bekanntgegeben hatte, waren - am 1.9.1945 - drei jugendliche amerikanische Obristen in Jilong gelandet und dort von Vertretern des japanischen Gouvernements empfangen worden. Die Japaner erhielten bei dieser Gelegenheit - genauso übrigens wie die Einheiten Nippons auf dem chinesischen Festland - den Befehl, die Ordnungsgewalt auf der Insel noch eine Zeitlang aufrechtzuerhalten, bis neue Anordnungen einträfen.

Die taiwanesischen Bevölkerung war in diesen Tagen voll freudiger Erwartungen: endlich, nach 50 Jahren Fremdherrschaft, würde China seine Souveränität über die Insel wieder herstellen. Vorbei wäre es dann mit den Demütigungen und Diskriminierungen der vergangenen Jahrzehnte. Den Taiwanesen war es unter den Japanern materiell zwar nicht schlecht gegangen, sie hatten sich jedoch stets als "Japaner 2.Klasse" fühlen müssen und waren nun höchst angetan von der Vorstellung, wieder vollwertige Bürger in einem eigenen chinesischen Staatswesen sein zu dürfen. Die Guomindang-Propaganda verstand diese Erwartungen geschickt aufzufangen, indem sie monatelang an den Patriotismus der taiwanesischen "Landsleute" (tongbaomen, wörtl.: "aus dem gemeinsamen Uterus" stammend) appellierte. Es war die Rede von "guangfu" (glanzvoller Wiederherstellung) oder von "guifu zugu" (Rückkehr ins Ahnenland) sowie von "Befreiung aus kolonialer Herrschaft".³

Niemand kam in den schicksalhaften Wochen des Übergangs offensichtlich auf den Gedanken, die taiwanesischen Bevölkerung zu befragen, ob sie denn überhaupt in den Schoß des Mutterlands zurückkehren will.⁴

Offensichtlich hielt man angesichts der im August und September 1945 auf Taiwan herrschenden Euphorie eine solche Befragung für überflüssigen Luxus. Außerdem hatte Nanjing ohnehin

von langer Hand die Rücknahme Taiwans gründlich vorbereitet. Schon vier Monate nach der Erklärung von Kairo, und zwar am 17.4.1944, war in Chongqing, der damaligen Kriegshauptstadt, ein "Untersuchungsausschuß für Taiwan" (Taiwan diaocha weiyuanhui) eingerichtet worden, an dessen Spitze von Anfang an Chen Yi, der ehemalige Gouverneur Fujians, agierte. Der Ausschuß hatte u.a. drei Ausbildungslehrgänge für Regierungs-, Banken- und Polizeikader durchgeführt⁵ und war daher für die Übernahme wohl gerüstet.

Am 5. Oktober 1945 landete das erste chinesische Erkundungsteam an Bord eines US-Flugzeugs und war von der Ordnung und der Wohlhabenheit Taiwans so beeindruckt, daß es sogleich einen überraschten Bericht nach Nanjing absetzte.

Zehn Tage später, am 15. Oktober, landeten dann die 62. und die 70. GMD-Division auf Schiffen der 7. US-Flotte in Jilong und Gaoxiong. Da die Soldaten, die zu dieser Zeit zumeist schon 12 Jahre Krieg hinter sich hatten, einen ärmlichen, ja z.T. heruntergekommenen Anblick boten, kam es bei den Taiwanern zu ersten Enttäuschungen: die Festländer mußten das Gefühl haben, schon jetzt Gesicht verloren zu haben.

3.1.2.2.

Chen Yi - Ein Ärgernis auf dem Gouverneursposten

Am 24.10.1945 traf dann Chen Yi persönlich in Taipeh ein. Mit ihm betrat ein Politiker die Insel, der eine obskure Karriere hinter sich hatte und der, wie sich schon bald herausstellen sollte, dem chinesisch-taiwanesischen Verhältnis schwerste Blessuren zufügte, die noch zu Beginn der neunziger Jahre nicht ganz vernarbt waren.

Chen, der mit dem volksrepublikanischen Marschall und Außenminister gleichen Namens nicht verwechselt werden darf (und dessen Namensbestandteil "Yi" übrigens auch anders geschrieben wird), war ein Politiker, der sein Leben lang das Mäntelchen stets nach dem Wind hatte flattern lassen, und der selbst in dem an Opportunisten so überreichen chinesischen Panorama des 20. Jh. seinesgleichen sucht. Geboren i.J. 1883 in der Heimatprovinz Jiang Jieshis, Zhejiang, schlug er, ähnlich wie Jiang, von Anfang an eine

militärische Karriere ein, studierte, ähnlich wie dieser, an der Shikan Gakko (Militärakademie) in Tokyo, heiratete eine Japanerin und schloß sich schon wenige Jahre nach seiner Rückkehr dem Kriegsherrn Sun Chuanfang an, der in den zwanziger Jahren die Küstenregion von Zhejiang und Fujian beherrschte.⁶ Als die unter Führung Jiang Jieshis stehende "Nationalrevolutionäre Armee" 1926/27 im Zuge ihres "Wortfeldzugs" u.a. auch nach Fujian und Zhejiang vorstieß,⁷ nahm Chen mit Jiang im Dezember 1926 Kontakt auf und lief in einem günstigen Augenblick mit der ihm unterstellten "I. Zhejiang-Division" zu den Truppen Jiangs über, wo der Verband sogleich als "19. Armee" in die NRA eingegliedert wurde. 1929 avancierte er dafür zum stellvertretenden Kriegsminister im Nanjinger GMD-Kabinetts und 1934 zum Gouverneur der Provinz Fujian, die unter seiner siebenjährigen (bis 1941 dauernden) Verwaltung schwer zu leiden hatte. Nachdem die Japaner im Zuge ihres Chinafeldzugs 1938 die beiden wichtigsten Hafenstädte Fujians, nämlich Fuzhou und Xiamen, besetzt hatten, und bei der Führung um Jiang Jieshi der Verdacht aufkeimte, daß der "japanophile" Chen Yi am Ende gar noch Kontakte zu den Besatzern aufnehmen könnte, wurde Chen im August 1941 aus Fujian abgezogen und "zum Ausgleich" für den verlorenen Gouverneursposten mit der Stelle eines Generalsekretärs des Exekutivyuans betraut. Er fiel also wieder einmal weich. Mehr noch: Nachdem Jiang Jieshi bei der Kairoer Konferenz vom November 1943 mit Truman und Churchill darüber einig geworden war, daß Taiwan nach der ins Auge gefaßten Niederlage Japans an die RCh zurückfallen solle, war die GMD, wie oben erwähnt, sogleich dazu übergegangen, Pläne für die Übernahme der Insel auszuarbeiten und hatte sogar schon einen künftigen Gouverneur ins Auge gefaßt - Chen Yi, der sich, wie man annahm, erstens mit japanischen Angelegenheiten gut auskannte und der, zweitens, als langjähriger Gouverneur der Taiwan direkt gegenüberliegenden Provinz Fujian für den Taiwan-Posten geradezu prädestiniert zu sein schien. All diese Annahmen sollten sich schon bald als katastrophale Fehleinschätzungen erweisen.

3.1.2.3.

Amtsmißbrauch und Mißwirtschaft unter Chen Yi

In Anwesenheit Chen Yis erfolgte am 25. Oktober 1945 die förmliche Übergabe der Insel an die Republik China - das Ereignis wird noch heute in Form des "Wiederherstellungs"(guangfu)-Jubiläums gefeiert. Der japanische General Ando Rikichi unterzeichnete in einer förmlichen Zeremonie die Dokumente. Anschließend folgten eine Rundfunkansprache Chen Yis, ein Feuerwerk und eine Militärparade. General Ando wurde nach Shanghai gebracht und dort eingekerkert. Wenige Tage später beging er Selbstmord.⁸

Chen Yi hatte sein Amt kaum angetreten, da begannen auch schon Mißwirtschaft und Ausbeutung, die zwar nur eineinhalb Jahre, nämlich bis April 1947 dauerten, bei den Taiwanern aber Emotionen auslösten, die sich in den "Februar- und März-Zwischenfällen" von 1947 entluden.

Auf drei Ebenen wurde die Inselwirtschaft und ihre Bevölkerung zur Ader gelassen:

Von September bis Dezember 1945 nahmen undisziplinierte Regierungssoldaten zunächst einmal alles mit, was nicht niet- und nagelfest war. Von den schweren Kämpfen des Bürgerkriegs gezeichnet, halbverhungert und schlecht besoldet mußte ihnen das wohlhabende Taiwan wie ein Land der Verheißungen erscheinen, in dem die Güter gleichsam auf der Straße lagen. Da die bisherige Ordnungsmacht zusammengebrochen war, gab es niemanden, der Plünderungen hätte verhindern können.

Zweitens bemächtigten sich spezielle Regierungsgremien der militärischen Hinterlassenschaft Japans, die sich als ein wahres Füllhorn erwies. Auf der Insel lagerten beispielsweise Waffen und Nahrungsmittel für rd. 250.000 Mann und eineinhalb Jahre Pazifik-Kriegsführung. Diese Vorräte wurden innerhalb weniger Monate aufs Festland verfrachtet, angefangen von Kanonen und Munition über Narkotika bis hin zu Zucker, Salz und Zündhölzern.⁹

Drittens teilten die neuen Herren bis Ende 1945 die administrativen und industriellen Führungspfunde unter sich auf. Unter Umgehung der Taiwanern

CHINA aktuell

wurden die 7.400 entlassenen Japaner kurzerhand durch rd. 30.000 festländische "Berater" ersetzt.¹⁰ Sogar den Bürgermeister von Taibei ließ Chen durch einen seiner Vertrauensleute ersetzen.¹¹ Die Einheimischen hatten sich unterdessen einem Umerziehungsprogramm zu unterziehen, um mit den "Drei Grundlehren vom Volk" (sanminzhuyi) vertraut zu werden.

Die "Verwertung" des konfiszierten japanischen Eigentums erfolgte in der Weise, daß die Hinterlassenschaften nach drei Kategorien aufgeteilt wurden, je nachdem ob sie früher der Regierung (Monopole an Salz, Kampfer etc. sowie Staatsbeteiligungen an Banken und Fabriken), sozialen Institutionen (Schulen, Krankenhäuser, Institute) oder aber Privatpersonen gehört hatten. Das Privateigentum von rd. 300.000 Japanern wurde auch dann beschlagnahmt, wenn nachweislich Taiwanesen daran beteiligt gewesen waren.¹² Grundlage für diese Kategorisierung war das im Januar 1949 erlassene "Gesetz über die Verwaltung staatlicher Unternehmungen" (Guoying shiye guanli fa).

"Regierungseigentum" wurde neugegründeten Spezialunternehmen (für Energie, Zucker, Kunstdünger etc.) zugeteilt. Anstelle der früheren japanischen entstanden jetzt also GMD-Großmonopole. Die Leitung dieser Konzerne ging in die Hände der Provinzregierung sowie einiger privater Festländer über.¹³

Das Syndikat der neuen öffentlichen Unternehmen erhielt in den Monaten zwischen Juni und Dezember 1946 von der Provinzregierung Kapitalien von nicht weniger als 2 Mrd. ¥ zugeteilt, während sich private Taiwanesen im gleichen Zeitraum mit 8 Mio. ¥ Kredit zufriedengeben mußten.¹⁴

In der Zwischenzeit begann auch der früher so wohlfunktionierende Eisenbahnverkehr zusammenzubrechen.

Selbst eine ausländische Hilfsorganisation wie die UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration) hatte unter der schier unglaublichen Korruption der Chen Yi-Administration zu leiden. Anders als in Europa, wo die UNRRA ihre Hilfsdienste in Eigenregie organisierte, mußte sie sich in China im Hintergrund halten und die Durchführung ihrer Hilfsope-

rationen durch die CNRRA (China National Relief and Rehabilitation Administration) abwickeln lassen. Schon bald konnte sie feststellen, daß der Chef für den Taiwan-Zweig der CNRRA, Jian Zhongji, kein anderer war als Chen Yis Privatsekretär. Schon das erste UNRRA-Programm, das am 22.1.1946 in Taibei anlief, geriet zu einem Fiasko. Alles und jedes, ob nun Wasserrohre, Reis oder Vieh, floß durch Seitenkanäle ab und tauchte auf allen möglichen Märkten wieder auf. Überdies wurde die UNRRA mit gewaltigen "Verwaltungskosten" belastet.

Obwohl diese Mißstände weitergemeldet und an die Öffentlichkeit gebracht wurden, vor allem durch die *Washington Post*, in der William H. Newton flammende Artikel gegen das Chen Yi-Regime verfaßte, ging die Korruption unbeeindruckt weiter.

Schon viele Monate vor der UNRRA-Affäre freilich hatte die Unzufriedenheit in der Bevölkerung solche Ausmaße angenommen, daß die Provinzregierung etwas zur Verbesserung ihres Rufes tun mußte. In dieser Situation verkündete Chen Yi am 26.12.1945 die Gründung von "Organen für die Anhörung der Volksmeinung", die der Regierung offiziell assistieren, in Wirklichkeit freilich als Druckablaßventil dienen sollten.¹⁵

Obwohl die Mitglieder dieser Gremien handverlesen waren und sich unzweideutig zur GMD sowie zur "Lehre von den drei Volksrechten" bekannten, kam es schon bei der ersten Sitzung der Anhörungsorgane am 1. Mai 1946 zu heftigen Meinungsgegensätzen. Eine Fraktion forderte, daß Chen Yi unverzüglich in Nanjing einem dienstgerichtlichen Verfahren unterzogen werden solle. Bei der zweiten Sitzung im Dezember 1946 verschärfen sich diese Gegensätze zwischen den Vertretern der Taiwanesen und der Zentralregierung.

Am 10. Januar 1947 gab Chen Yi bekannt, daß die neue Republik-Verfassung, die gerade zu Jahresbeginn in Nanjing verkündigt worden war, nicht auf Formosa angewandt werden könne, da dieses wegen der langen Anwesenheit Japans noch nicht reif für eine "verfassungsmäßige Regierung" sei, sondern sich erst im zweiten Stadium der drei von Sun Yixian konzipierten Regierungsphasen (Militär-, belehrende, Verfassungs-Regierung) befinde, also einstweilen noch einer "belehrenden Regierung" unterstehen müsse.

Als ob diese Provokation noch nicht genügt hätte, wurden schon drei Wochen später die "Februarmonopole" angekündigt. Am 1.2.1947 beispielsweise kam die "Taiwan Schifffahrtsgesellschaft" unter direkte Regierungsverwaltung. Gleichzeitig entstand die "Taiwan Handelsgesellschaft", die die meisten handelsüblichen Waren staatlichem Monopol - und damit dem Zugriff einer im Rufe übelster Korruption stehenden Verwaltungsclique - unterstellte.

3.1.2.4.

Aufbruch: Die "Februar- und Märzereignisse"

Dies brachte das Faß zum Überlaufen und schuf die Voraussetzungen für die "Februar- und Märzzwischenfälle" von 1947, die von linken Autoren manchmal unter dem Schlagwort "Ereberba da geming" ("Große Revolution vom 28. Februar") angesprochen werden.¹⁶

Zum Eklat kam es am 27. Februar. Der Anlaß war an und für sich unbedeutend; bezeichnenderweise aber hatte auch diesmal wieder die Monopolverwaltung die Hand mit im Spiel. Über die Ereignisse, die sich damals überstürzten, wurde aus wohlverstandener Eigeninteresse oder aber aus falschverstandener Solidarität jahrzehntelang der Mantel des Schweigens gebreitet. Dabei zeigen geschichtliche Erfahrungen, daß Vergangenheit nur dann nutzbar für die Gegenwart werden kann, wenn sie bewußt nacherlebt und wenn "Trauerarbeit geleistet" - und nicht, wenn sie einfach nur durch Schweigen entsorgt wird.

In Taiwan kam diese Einsicht ziemlich spät und war ein Nebenergebnis der Liberalisierungsbewegung der achtziger Jahre. Am 9. März 1988 erschien - zum ersten Mal seit 41 Jahren - ein offizieller Bericht, in dem die "Affäre vom 28. Februar" (Ereberba shijian) gründlich durchleuchtet wurde. Verfasser waren zwei Abgeordnete des Kontrollryuans,¹⁷ die bereits im März 1947 im Auftrag des für öffentliche Anklagen zuständigen Kontrollryuans vom Festland nach Taiwan beordert worden waren, um dort Vorwürfen nachzugehen, die von der Bevölkerung gegen Mißbräuche der lokalen GMD-Machthaber, vor allem gegen Gouverneur Chen Yi, erhoben worden waren.¹⁸

Nach allem, was sich Jahrzehnte später feststellen läßt, nahm die "Affäre" folgenden Verlauf: Am 27. Februar 1947

geriet ein Fahndungsteam von vier Beamten des Monopolamts für Tabak und Alkohol bei der Beschlagnahme von geschmuggelten Zigaretten in Tai bei mit einer Straßenhändlerin namens Lin Jiangman in einen handgreiflichen Konflikt, der sogleich zahlreiche Schaulustige anzog. Als die Frau verletzt wurde, griff eine empörte Menge die Beamten an, die sich nicht anders zu helfen wußten, als die Flucht zu ergreifen. Einer der Verfolgten geriet in eine Sackgasse und schoß dort, als er sich eingekreist sah, in die Menge. Einer der Verfolger starb an den Verletzungen.

Am nächsten Tage, dem 28. Februar, strömten Hunderte von Menschen vor dem Gebäude der Monopolbehörde zusammen und stürmten dann sowohl die Büros als auch das danebenliegende Polizeirevier. Zwei Beamte wurden getötet und vier weitere verletzt. Als die Menge um die Mittagszeit auch das Gouvernementsgebäude von Taiwan zu stürmen versuchte, eröffnete die Wache das Feuer und ließ einen Toten und zehn Verletzte zurück.¹⁹

Nun gab es kein Halten mehr: Die ganze Stadt geriet in Aufruhr, Läden wurden geschlossen, ganze Fabrikbetriebschaften traten in Streik und auch die Schulen stellten den Unterricht ein. Gruppen von "Einheimischen" griffen mit Stöcken und Schwertern Landsleute vom Festland an, die sich nicht im einheimischen Dialekt verständlich machen konnten, und Firmen von Festlandschinesen gingen in Rauch und Flammen auf.

Chen Yi wußte, daß er gegen die rd. 40.000 bis 50.000 Menschen, die sich aktiv an den Demonstrationen und Umzügen beteiligten, keine guten Karten hatte, zumal die Unruhen in der Zwischenzeit auch auf die anderen Städte Taiwans übergegriffen hatten und auf der Insel nur schwache militärische Verbände stationiert waren.²⁰

In seiner Ratlosigkeit verhängte er am 28. Februar um 18 Uhr zwar den Ausnahmezustand, hob ihn jedoch schon wenige Stunden später wieder auf, da er befürchten mußte, daß die Wut der Bevölkerung sonst noch weiter angeheizt würde.

Gleichzeitig sah er sich mit einer Reihe von Forderungen konfrontiert: Er sollte, hieß es in den Petitionen, (1) grundlegenden Reformen zustim-

men und an einer für den 10. März anberaumten Erneuerungsdiskussion teilnehmen, (2) keine zusätzlichen Truppen nach Taiwan anfordern, (3) den Studentenorganisationen vorübergehend polizeiliche Mitüberwachungsrechte einräumen und (4) die Verkehrsverbindungen so schnell wie möglich wieder herstellen lassen, um vor allem den Lebensmittelnachschub zu garantieren.²¹

Der in Bedrängnis geratene Gouverneur nahm diese Forderungen zum Schein an und versprach überdies, die seit dem 27. Februar Verhafteten wieder freizulassen, den Waffengebrauch durch Polizei und Streitkräfte zu verbieten sowie den Familien der Polizeioffer Entschädigung zu zahlen.

All diese Versprechungen freilich waren, wie sich schon bald zeigen sollte, nichts anderes als Maßnahmen einer genau kalkulierten Hinhaltenaktik, die vor allem mit militärischen Verstärkungen rechnete; insgeheim nämlich hatte Chen inzwischen Truppenverbände vom Festland angefordert, die freilich erst am 8. März eintreffen konnten.

In der Zwischenzeit griff die Bevölkerung zur Selbsthilfe: Am 5. März entstanden die ersten Bürgerwehren, die sich vor allem aus bevölkerungsfreundlichen Polizisten und aus Mitgliedern der Studentenschaft rekrutierten, weshalb sie unter der Bezeichnung "Xuesheng fuwudu" bekannt wurden²² - und denen Chen Yi übrigens ja auch seine Zustimmung erteilt hatte.²³

Gleichzeitig kamen überall Bürgerräte auf, die in Jilong, Taizhong, Jiayi, Tainan und Gaioxiong jeweils verschiedene Namen trugen, sei es nun "Shimin dahui" ("Stadtbürgerversammlungen") in Tainan oder "Minzhong dahui" (wört.: "Bürgermassenversammlungen").²⁴ Eine "Allgemeine Abteilung" in Tai bei beispielsweise wertete die Briefe aus und formulierte politische Richtlinien, eine "Verbindungssektion" stellte die Kommunikation mit der Regierung her, eine "Ermittlungssektion" trug belastendes Material gegen die bisherigen Regierungspraktiken zusammen, eine "Organisationssektion" koordinierte die verschiedenen Gremien und eine "Sektion der öffentlichen Ordnung" organisierte die oben erwähnte Bürgerwehr.

Die "Allgemeine Abteilung" setzte überdies Chen Jingwen, den Direktor der Eisenbahnverwaltung, wegen Unfähigkeit ab und arbeitete darüber hinaus eine Reihe von Reformvorschlägen aus, die dem Gouverneur am 10. März vorgelegt werden sollte.²⁵

Inzwischen trafen beunruhigende Gerüchte über Truppenansammlungen in den festländischen Häfen von Fuzhou und Xiamen ein. Sollte es sich hier am Ende um Interventionstruppen handeln?

Angesichts dieses Verdachts beschleunigte das Reformgremium seine Arbeit und überreichte dem Gouverneur bereits am 7. März ein Paket von "32 Forderungen zu Änderungen im politischen Bereich" (Sanshiertiao zhengzhigai fang'an), das als eine Art Magna Charta der taiwanesischen Bevölkerung verstanden werden sollte. Die 32 Punkte waren in 6 Gruppen aufgeteilt und betrafen (1) die Gleichbehandlung der Taiwaner mit den Festländern, (2) Fragen der Sicherheit und des Eigentums, (3) Liberalisierungsmaßnahmen in der Wirtschaft, (4) Mißstände bei der Militärverwaltung in Taiwan, (5) soziale Belange und (6) das Verlangen nach Abschaffung einiger besonders unpopulärer Einrichtungen, wie der Zwangsindoktrinierung und der Gratislieferungen ans Festland.²⁶

Inzwischen brauchte sich Chen Yi auf diese Vorstellungen freilich nicht mehr einzulassen; denn am 8. März landeten in Jilong mehrere Militärbataillone, die ganz offensichtlich den Auftrag hatten, die "Ordnung" auf der Insel mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wiederherzustellen.

Am 9. März verhängte Chen den Ausnahmezustand zum zweiten Mal und konnte nun endgültig zur Abrechnung schreiten. Zu diesem Zweck hatte er in der Zwischenzeit schwarze Listen zusammenstellen lassen, anhand deren nun eine systematische Jagd nach Mitgliedern der Bürgerwehren und der Räte begann.

Die Rache des Gouverneurs endete in einem Blutbad: Gefangene aus Tai bei wurden vor allem am Strand von Jilong in Massenerschießungen liquidiert: Am 10. und 11. März sollen es nicht weniger als 300 gewesen sein.²⁷

Noch brutaler gingen die Truppen in Gaoxiong vor, wo der befehlshabende General Peng Mengji die Hinrichtungen z.T. vor aller Augen vollziehen ließ.²⁸

Als Rechtfertigung für das Massaker wurde sowohl in Taibei als auch in Nanjing²⁹ das antikommunistische Motiv ins Spiel gebracht, das im Zeichen des damals gerade auf dem Festland tobenden Bürgerkriegs sozusagen in der Luft lag und das - angesichts der im vorangegangenen Kapitel beschriebenen kommunistischen Organisationen in Taiwan - auch auf der Insel zwar theoretisch gerechtfertigt sein mochte, in der Praxis allerdings absurd wirkte, da die Empörung der Bevölkerung nicht von Klassenkampfüberlegungen, sondern vom heiligen Zorn über die Korruption des Chen Yi-Anhangs bestimmt war.

Bereits am 10.März war die "Ordnung" - besser die Friedhofsruhe - in den Städten wiederhergestellt - doch zu welchem Preis: Hatten die Taiwanesen noch eineinhalb Jahre vorher ihre Landsleute vom Festland mit Jubel begrüßt, so regierte jetzt blanker Abscheu. Man fühlt sich in diesem Zusammenhang an die Stimmung der Beijinger Bevölkerung nach dem Massaker vom 4.Juni 1989 erinnert. Ein tiefer Abgrund trennte von jetzt an "Daluren" ("Festländer") und Taiwanesen. Es sollte Jahrzehnte dauern, bis die damals aufgerissenen Wunden zu vernarben begannen.

Der "Bericht" von 1989 verharmlost den Zwischenfall: Er führt die Unruhen auf die allzu hoch gespannten Erwartungen zurück, die die Taiwanesen nach 50jähriger japanischer Kolonialherrschaft gegenüber ihren Landsleuten gehegt hätten und die durch das Wirken einiger korrupter Beamten und durch die Disziplinlosigkeit der Truppen enttäuscht worden seien. Außerdem hätten sich die Einheimischen diskriminiert gefühlt, weil 94% der ranghohen und 89% der gehobenen Beamtenpositionen von Festländern besetzt worden seien. Sondergesetze für Taiwan, Inflation und Arbeitslosigkeit hätten ein übriges zur Empörung beigetragen. In dem Bericht heißt es, daß sich die rd. 50.000 bis 60.000 aufständischen Taiwanesen "zumeist" aus Rowdies, Kommunisten, ehrgeizigen Politikern und taiwanesischen Soldaten rekrutiert hätten, die vorher bei der ja-

panischen Armee gedient hatten. Im übrigen habe die Beamtenschaft höhere Verluste erlitten als die Bevölkerung. In Taibei seien beispielsweise 33 Beamte ums Leben gekommen und 856 verletzt worden, während die Zivilbevölkerung nur 52 Tote und Verletzte habe beklagen müssen. Außerhalb Taibeis freilich habe es 492 Opfer unter den Beamten und 871 unter der Zivilbevölkerung gegeben. Von 10.000 Toten, wie sie immer wieder fälschlich beziffert würden, könne auf keinen Fall die Rede sein! Auch hier entdeckt man beklemmende Parallelen zur Argumentation der Deng Xiaoping-Propaganda, die nach dem 4.Juni fast nur von toten Soldaten, nicht aber von ermordeten Studenten sprach.

3.1.2.5.

Chen Yis Absetzung und Hinrichtung
Die "Februar- und Märzereignisse" hatten nicht nur die Provinzregierung in Taiwan, sondern auch die Zentralregierung in Nanjing aufgeschreckt, die sich bisher um die Insel kaum gekümmert hatte, da sie von den Bürgerkriegsereignissen auf dem Festland voll in Anspruch genommen war. Doch nun war man plötzlich äußerst hellhörig geworden: Das fehlte gerade noch, daß die Volksmassen nun auch in Taiwan zu brodeln begannen! Irgendetwas mußte geschehen - soviel stand fest -, um das Schlimmste abzuwenden. Es war klar, daß Chen Yi auf Taiwan nicht mehr länger haltbar war; so beschloß denn das Zentrale Exekutivkomitee der GMD am 22.März 1947, den untragbar gewordenen Gouverneur abzuziehen. Eine Woche später, am 28.3., kam Chen offiziell um seine Entlassung ein, die am 31.3. angenommen wurde.

Kaum aber waren weitere 12 Monate ins Land gegangen, übernahm Chen - als wäre "Taiwan" nie geschehen - bereits im Juni 1948 den Posten eines Gouverneurs seiner Heimatprovinz Zhejiang. Für viele Beobachter grenzte diese Personalentscheidung schon an Zynismus!

Chen bedankte sich auf bewährte Weise, indem er wieder einmal seine Wohltäter verriet und sich heimlich, wie schon 1927, auf einen Frontwechsel vorbereitete. Diesmal waren es die kommunistischen Truppen, die zur Zeit seines Amtsantritts bereits bedenklich nahe an Zhejiang herangerückt waren und mit denen er sich nun

partout gutstellen wollte. Er trat in Geheimverhandlungen mit den Todfeinden Nanjings ein und versuchte überdies, den GMD-Oberbefehlshaber der Shanghai-Region dafür zu gewinnen, kampflos vor den VBA-Einheiten zu kapitulieren. Dieser freilich informierte Jiang Jieshi augenblicklich über das Komplott, so daß Chen Yi noch rechtzeitig, d.h. nur wenige Tage nach Verlust der sog. "Huaihai-Schlacht", festgenommen werden konnte, und zwar am 14.Februar 1949.

Kurze Zeit später wurde er nach Taiwan ausgeflogen und dort im Juni 1950 wegen seiner "Übeltaten am Volk von Taiwan", wie es offiziell hieß, hingerichtet.³⁰

3.1.2.6.

Verfassungstheorie und Verfassungswirklichkeit in den Jahren des Übergangs

Was sich die RCh, die ja bereits damals als "Freies China" auftrat, in den Übergangsjahren an rechtlichen Restriktionen leistete, gereichte ihr nicht gerade zum Ruhm.

Zwar hatte die Nationalversammlung am 25.September 1946 in Nanjing eine neue Verfassung erlassen, die in den Artikeln 7-24 alle nur denkbaren Grundrechte enthielt, und die in schöner Ausführlichkeit auch eine präzise Zuständigkeitsverteilung zwischen der Nationalversammlung, den fünf Yuans (Reichsämtern für Verwaltung, Gesetzgebung, Justiz, Beamtenprüfung, Kontrolle), dem Präsidenten und den lokalen Gremien (Provinzen, Kreisen) festlegte.³¹

Dieses in jeder Hinsicht eindrucksvolle Grundgesetz wurde freilich in den Wirren des Bürgerkriegs (1946-1949) durch ein gutes Dutzend Zusatzbestimmungen wie ein Schweizer Käse durchlöchert und ausgehöhlt.³²

So komplettierte beispielsweise die Nationalversammlung am 14.Januar 1949, in Ergänzung zum Grundtext vom 29.11.1934, das "Notstandsgesetz" (jiejyanfa),³³ das den militärischen Behörden (und Militärgerichten) nach Ausrufung des Notstands im Gesamtstaat oder in bestimmten Gebieten außerordentliche Vollmachten erteilt, indem es nicht nur die Unterordnung ziviler Behörden unter das Militär gestattet, sondern überdies die Verfolgung bestimmter Vergehen und Verbrechen militärischen Organen überantwortet.

Darüber hinaus sollte der militärische Oberkommandierende in seiner jeweiligen Region auch Grundrechte aufheben dürfen, vor allem die Rechte auf Vereinigung, Demonstration, Petition, Presse, freie Religionsausübung und Streiks (§ 11).

All diese zum größten Teil noch auf dem Festland erlassenen Bestimmungen hätten den Taiwanesen gleichgültig sein können, wäre nicht ausgerechnet auf der Insel am 19. Mai 1949 eben dieser Ausnahmezustand verkündet worden. Niemand konnte damals ahnen, daß er sage und schreibe 38 Jahre lang in Kraft bliebe und erst am 15. Juli 1987 aufgehoben wurde.³⁴ Allerdings erwies sich die Notstandspraxis als durchaus zahm. Zu keinem Zeitpunkt kam es in den nachfolgenden Jahren beispielsweise zu einer Militärherrschaft, zur Verhängung von Sperrstunden oder gar zu einem regelrechten Feldzug gegen die eigene Bevölkerung, wie er im Vollzug des Notstands am 3./4. Juni 1989 in Beijing befohlen und durchgeführt wurde.

Neben dem Notstand wurde während des Bürgerkriegs auch die "Generalmobilmachung" (zong dongyuan) ausgerufen, und zwar noch am 4. Juli 1947 in Nanjing.

Dieser Akt stützte sich auf das "Gesetz über die Generalmobilmachung" vom 29.3.1942,³⁵ das der Regierung einen beinahe unbeschränkten Zugriff auf Materialien (Waffen, Nahrungsmittel, Pharmazeutika, Fahrzeuge, Maschinen, Elektrizität, Kommunikationsmittel, Rohmaterial) und Personen zum Zwecke der allgemeinen Mobilisierung einräumt, wobei die Begriffe unpräzise abgefaßt sind, so daß im Ernstfall kaum Beschränkungen einklagbar wären. Im September 1949, im Juni 1950 und im Dezember 1953 wurde das Gesetz durch strafrechtliche Ergänzungen zusätzlich verschärft.³⁶ In schweren Fällen konnte nun auch die Todesstrafe verhängt werden (§ 7).

Am 18. April 1948 erließ die Nationalversammlung zusätzlich "Einstweilige Mobilmachungsregelungen für die Zeit der Niederwerfung" (sc.l. der kommunistischen Aufständischen) (dongyuan kan luan shiqi linshi tiaokuaan),³⁷ in denen dem Präsidenten erstens ein von der Verfassung nicht eingegrenztes Notverordnungsrecht zugesprochen wird, die zweitens die Wiederwahl des Prä-

sidenten beliebig oft zulassen, solange die "kommunistische Rebellion" andauert, und die drittens den Präsidenten zu der Entscheidung ermächtigen, ob und wann der "kommunistische Aufstand" beendet ist.

Im Juli 1987 wurde auf Taiwan zwar der Notstand, nicht jedoch die "Generalmobilmachung" aufgehoben, so daß das einschlägige Gesetz, das (1942) ja eigentlich aus Anlaß des Widerstandskriegs gegen Japan erlassen worden war, auf Taiwan auch in den neunziger Jahre noch weiterwirkt.

3.1.3.

Vor der Gefahr des Mandatsverlusts

3.1.3.1.

1949/50: Taiwans Schicksal am seidenen Faden

In den Jahren 1948 bis 1950 hing das Schicksal Taiwans - und damit letztlich auch dasjenige der GMD - nur noch an einem dünnen Faden: Auf dem Festland ging der Bürgerkrieg gegen die Kommunisten verloren, obwohl die GMD-Streitkräfte zu Beginn der dreijährigen Auseinandersetzung (1946-1949) nominell viermal so stark gewesen waren wie die VBA und überdies beträchtliche amerikanische Rüstungshilfe erhalten hatten.³⁸

Der Ruf der GMD war nicht zuletzt auch durch die Mißwirtschaft Chen Yis auf Taiwan erheblich angekratzt worden. Zumindest sorgten Teile der amerikanischen Presse, vor allem die *Washington Post* und die zwar in der Öffentlichkeit weniger bekannte, unter "China-watchers" aber hochgeschätzte, marxistisch orientierte US-Zeitschrift *Amerasia* für eine immer schwärzere Einfärbung des GMD-Bilds. Manche Beobachter³⁹ gehen sogar so weit, die "Amerasia-Affäre" als den Hauptgrund für den Zusammenbruch der Republik auf dem Festland heranzuziehen. In der marxistisch ausgerichteten Zeitschrift hätten in den vierziger Jahren zahlreiche Journalisten (u.a. Edgar Snow), Wissenschaftler (u.a. Owen Lattimore) und Diplomaten (vor allem der "berühmte" John Stewart Service) einen prokommunistischen und gleichzeitig der Regierung höchst schädlichen Überbau zusammengezimmert und damit die amerikanische Öffentlichkeit, nicht zuletzt auch einen Teil der amerikanischen Spitzenpolitiker, hinters Licht geführt. Sogar General Stilwell, der Oberbefehlshaber der

US-Truppen in China, habe unter dem Einfluß der "kommunistenfreundlichen" Expertengruppe Davies-Service gestanden, die von den KP-Leistungen in Yan'an immer nur das Beste berichtet hätten, und deren Intrigen es zuzuschreiben sei, daß es geradezu modisch wurde, die Kommunisten in den Himmel zu heben, die GMD aber als Ausbund der Mißwirtschaft und der militärischen Unfähigkeit zu verdammen. Die Davies-Service-Gruppe habe mit ihren mehr als 50 Berichten über die Lage der Kommunisten in Yan'an auf die Politiker in Washington einen geradezu katastrophalen Einfluß ausgeübt.⁴⁰

Selbst aus der Sicht Washingtons war von der einst vielgerühmten GMD in den Jahren 1948/49 nicht mehr allzu viel übriggeblieben, nachdem sie eine Doppelniederlage erlitten hatte, nämlich gegen die Kommunisten und zum Schluß auch noch gegen sich selbst und ihre auf Sun Yixian zurückgehenden Ideale. Jiang weiterunterstützen oder ihn fallen lassen - dies war eine während der Präsidentschaft Trumans häufig gestellte Frage: Starke Kräfte im US-Außenministerium und in der Armee forderten eine Einstellung der Hilfe an die GMD. Auf der Gegenseite standen jedoch drei Gruppierungen, die ganz im Gegensatz dazu für eine Fortsetzung der bisherigen Pro-Jiang-Politik plädierten, nämlich das militärische Establishment, das vor einem endgültigen "Verlust" Chinas warnte, ferner die Republikanische Partei - allen voran Senator McCarthy, der das "Aid Jiang"-Thema als zugkräftige Wahlkampfparole einzusetzen wußte, und nicht zuletzt die Christlichen Missionen, die das Werk eines ganzen Jahrhunderts für den Fall gefährdet sahen, wenn es den Kommunisten gelingen sollte, sich auf dem Festland endgültig festzusetzen. In diesem Hin und Her entschloß Präsident Truman sich zu einem mehr oder weniger halbherzigen Schritt und verkündete am 5. Januar 1950 eine "Hands off Taiwan"-Politik.

Dies hinderte die Kommunisten auf dem Festland jedoch keineswegs daran, die "Befreiung" Taiwans - gleichrangig mit derjenigen Tibets - nach wie vor als eine ihrer sechs "gegenwärtigen Hauptaufgaben" herauszustreichen⁴¹ und weiterhin Vorbereitungen für entsprechende Feldzüge zu treffen. Man vergesse nicht, daß Taiwan damals in der Prioritätenliste sogar noch vor Tibet stand.⁴²

Auch die Sowjetunion trat gegen die Republik China an und versuchte sie beispielsweise am 11.1.1950 aus dem Sicherheitsrat der UNO hinauszudrängen, da die RCh, wie es offiziell hieß, keine "Weltmacht" mehr sei.

3.1.3.2.

Die Rettung der GMD-Herrschaft durch den Koreakrieg

Mitten in all diese Unsicherheiten hinein platzte Mitte 1950 ein Ereignis, das die strategische Situation Ostasiens grundlegend veränderte und das auch der Insel Taiwan eine ganz neue strategische Bedeutung verlieh, nämlich der Überraschungsangriff nordkoreanischer Truppen auf Südkorea am 25. Juni 1950, der alsbald auch die VR China und die USA mit in seinen Sog hineinriß. Der Ausbruch des Koreakriegs wurde m.a.W. zum Anfang der "Rettung Taiwans", und zwar nicht nur deshalb, weil von nun an die 7. US-Flotte den Schutz der Insel übernahm, sondern weil überdies die VR China durch ihre Intervention in das Korea-Geschehen (Eingriffsbefehl vom 8. Oktober 1950) fortan so sehr absorbiert wurde, daß für eine Taiwan-Expedition keine Kräfte mehr frei blieben.

Noch wenige Wochen vorher hatten die Seestreitkräfte der VRCh im Zuge der "Bereinigung der Inselfront" einen Sieg nach dem anderen errungen und den GMD-Streitkräften im April 1950 die tropische Insel Hainan und im Mai 1950 die zwischen Ningbo und Shanghai liegenden Zhoushan-Inseln entreißen können. Damit schien die VBA den Schlüssel für die Eroberung Taiwans in der Hand zu halten.

Mit dem Ausbruch des Koreakriegs änderte sich diese Lage von Grund auf: mußte doch die Volksrepublik von jetzt an nicht nur auf die Eroberung Taiwans verzichten, sondern umgekehrt sogar wieder verstärkte Blockaden der taiwanesischen Marine entlang der gesamten südostchinesischen Küste auf einer Länge von fast 1.000 km über sich ergehen lassen.

Am 31. Mai 1950 kam der Held des Pazifikkriegs, General Douglas MacArthur, für 24 Stunden nach Taibei, um durch seine Präsenz der amerikanischen Öffentlichkeit - und der VR China - zu signalisieren, welcher zentraler strategischer Stellenwert aus Washingtoner Sicht der Insel Taiwan zukomme. Drei Tage später

übernahm Botschafter Rankin die diplomatische Vertretung der USA in Taibei. Mit diesem "Assignment" hatte die Guomindang wertvolle Rückenstärkung gewonnen.

Rankin mußte sich schon bald mit Vorwürfen auseinandersetzen, daß er sich eigentlich weniger wie ein Botschafter der USA auf Taiwan, als vielmehr umgekehrt wie ein Vertreter Jiang Jieshis in Washington verhalte.

Am 4. August 1950 wurde die 30. Staffel der U.S. Air Force nach Taiwan verlegt, um, wie es hieß, die Insel zur vorersten Frühwarn- und Monitoring Station zu machen.

Am 1. Mai 1951 eröffnete die MAAG (Military Assistance Advisory Group) auf Taiwan ihre Tore, und zwar mit dem Auftrag, den Transfer amerikanischer Truppen auf die Insel zu organisieren. 10 Jahre später, d.h. bis 1961, war die Zahl der GIs in Taiwan immerhin bereits auf 25.000 Mann angestiegen!

Endgültig unter Dach und Fach kam die Hilfe der USA für Taiwan nach dem Wahlsieg Eisenhowers i.J. 1952. Taiwans Militär wurde nunmehr systematisch aufgerüstet. Drei Viertel des Inselhaushalts konnten von jetzt an für militärische Zwecke verausgabt werden. Zum Gesamtbudget von 1961 in Höhe von 375 Mio. US\$ schossen die USA beispielsweise 250 Mio. US\$ zu.

Kein Wunder, daß angesichts dieser massiven Unterstützung Zhou Enlai am 28. Juni 1950 im Namen der Volksrepublik dagegen protestierte, daß die USA sich in innerchinesische Angelegenheiten einmischten und das "chinesische Volk" an der "Befreiung Taiwans" hinderten. Am 28. November 1950 beschuldigte eine Delegation Beijings vor der UNO in New York die USA erneut der "bewaffneten Aggression".

Noch 1949 schien sich die GMD aus der chinesischen Geschichte verabschiedet zu haben. Und doch erhob sie sich nach ihrer Rettung durch den Koreakrieg auf der Insel Taiwan wie ein Phönix aus der Asche und machte das einst nur als Exotikum berühmte "Formosa" zu einer der leistungsfähigsten Volkswirtschaften Asiens, ja der Welt. Kein Zweifel, daß diese GMD-Leistung auch auf die "Modernisierungs"-Politik abgefärbt hat, die auf dem Festland nach 1978 anlief.

3.1.3.3.

Erste innenpolitische Reformversuche: Spurenelemente neuen Denkens
Mit der militärischen Unterstützung Amerikas allein freilich war der verfahrenere Karren in Taiwan nicht aus dem Schlamm zu ziehen. Dazu bedurfte es weiterer innenpolitischer Neuerungen und wirtschaftspolitischer Anstöße.

Am 16. Juli 1949 (und bekräftigend noch einmal am 5. August 1950) errichtete die GMD einen Sonderausschuß, der ein "GMD-Reformprogramm" erarbeiten sollte. Vorsitzender dieses "Reformausschusses" (GMD gaizao weiyuanhui) war zuerst Jiang Jieshi, später Chen Cheng. Der Wille zur Änderung war aber schon vorher anhand der Besetzung des Gouverneurspostens manifest geworden.

Für die Änderungen nach der katastrophalen Amtszeit Chen Yis sprechen vor allem drei Namen, die für sich genommen bereits Programm waren, nämlich Wei Daoming, Chen Cheng und Wu Guozhen, die nacheinander den Gouverneursposten der Provinz Taiwan besetzten.

Wei Daoming, der im April 1947 die Nachfolge Chen Yis antrat, war von anderem Schrot und Korn als sein Vorgänger. 1899 geboren und an der Pariser Sorbonne rechtswissenschaftlich ausgebildet, hatte er von 1928 bis 1930 als Justizminister der GMD, von 1930 bis 1931 als Bürgermeister von Nanjing, von 1938 bis 1941 als Generalsekretär des Exekutivyuans und von 1942 bis 1946 als RCh-Botschafter in den USA gedient. Bereits Mitte der dreißiger Jahre war er darüber hinaus als Herausgeber dreier einflußreicher Shanghai-Zeitungen bekannt geworden.⁴³ Es handelte sich bei Wei m.a.W. um einen Politiker liberalen Zuschnitts und um einen echten "Zivilisten", der denn auch sogleich nach Antritt seines Gouverneurspostens das von seinem Amtsvorgänger verhängte Kriegsrecht abschaffte und Pressefreiheit dekretierte. Außerdem setzte er sich für rechtsstaatliche Verhältnisse ein und suchte die Wirtschaft anzukurbeln.

Doch die Zeit war nicht günstig für einen "Zivilisten"; denn es stand inzwischen schlecht um die Geschicke der GMD-Verbände auf dem Festland. Dort hatte am 5.12.1948 der Endkampf um Nordchina (Beiping und Tianjin)

und am 7.11.1948 die sog. "Huaihai-Schlacht" begonnen, die die Pforte nach Zentral- und Südchina aufstoßen sollte. Der Generalstab der GMD schätzte die Lage offensichtlich düster ein und forderte Vorbereitungsmaßnahmen für den Fall des Falles. Was Taiwan jetzt brauchte, war nach Ansicht Nanjings ein Militär, der nicht nur die Insel verteidigen, sondern überdies auch die Übersiedlung der Rest-GMD organisieren konnte. Angesichts dieses neuen Handlungsbedarfs wurde der "Zivilist" Wei trotz seiner Verdienste am 29.12.1948 abrupt durch General Chen Cheng ersetzt. Wei Daoming emigrierte daraufhin in die USA und kehrte erst Anfang der sechziger Jahre wieder nach Taiwan zurück, wo er u.a. 1966 den Posten eines Außenministers übernahm.

Mit Chen Cheng betrat ein - integrierter - Politiker allerersten Ranges die Bühne Taiwans. Geboren 1897 in der Provinz Zhejiang hatte er, ebenso wie sein Landsmann Jiang Jieshi, von Anfang an die militärische Karriere eingeschlagen. Kein militärisch-politischer Brennpunkt in den zwanziger, dreißiger oder vierziger Jahren, an dem Chen nicht in der einen oder anderen Weise unmittelbar beteiligt gewesen wäre: Bereits 1920 trat er der GMD bei und ging nach Guangzhou, das sich in den frühen zwanziger Jahren bekanntlich zum Zentrum des Widerstands der revolutionären Kräfte gegen das von Kriegsherren beherrschte China entwickelt hatte. Chen gehörte von Anfang an zu den Instruktooren der Huangpu-Militärakademie⁴⁴ und stand seit dieser Zeit in einem Vertrauensverhältnis zum Leiter der Akademie, Jiang Jieshi. Chen nahm ganz selbstverständlich am "Nordfeldzug" von 1926/27 teil und war nach dem Bruch der GMD mit den Kommunisten den Streitkräften Mao Zedongs fast pausenlos auf den Fersen, vor allem bei den "Einkreisungs- und Vernichtungsfeldzügen". Chen teilte Jians Schicksal sogar beim Zwischenfall von Xi'an⁴⁵ und leitete außerdem zu Beginn des "Antijapanischen Kriegs" die zwei Hauptabwehrkämpfe gegen die aus Nord und Ost anstürmenden Japaner, nämlich die Schlacht von Shanghai (September-November 1937) und die Schlacht um Wuhan am mittleren Yangzi (August-Oktober 1938). Nachdem die erste Phase des Kriegs verlorengegangen war und die GMD-Regierung sich ins fernwestliche Chong-

qing hatte zurückziehen müssen, übernahm Chen einerseits die Ausbildung des neuen Offizierskorps sowie der neu aufzustellenden Guerillaeinheiten und schirmte andererseits die Bastion Sichuan im strategischen Schlüsselgebiet von Yizhang (am Yangzi) vier Jahre lang gegen japanische Angriffe ab.

Nachdem die USA im Zuge des Pearl Harbour-Zwischenfalls vom Dezember 1941 in den pazifischen Krieg eingetreten waren, avancierte Chen Cheng zum obersten Koordinator der Zusammenarbeit zwischen GMD- und US-Streitkräften, vor allem aber mit dem Oberkommandierenden der US-Verbände auf dem China-Birma-Indien-Schauplatz, Joseph W. Stilwell.

Nach der japanischen Kapitulation gehörte Chen zu den ersten Politikern, die in den Großstädten Hankou, Beiping und Nanjing auf Inspektion gingen. Außerdem sorgte er für die Reorganisation der Streitkräfte nach amerikanischem Muster. 1946 avancierte Chen zum Generalstabschef und übernahm Anfang April 1946 den Vorsitz bei den Vermittlungsversuchen zwischen GMD und KPCh, wobei die USA eine Mittlerrolle spielten. Als die drei Vermittlungsanläufe gescheitert waren, befand sich Chen erneut dort, wo er bereits Anfang der dreißiger Jahre gestanden hatte, nämlich mitten im Kampf gegen seine alten Feinde, die Kommunisten. Im August 1947 wurde er Oberkommandierender des "Nordosthauptquartiers" in Shenyang (Mukden), wo er sich mit der 4. Feldarmee der KPCh unter General Lin Biao konfrontiert sah. Als die Schlacht dort endgültig verloren zu gehen drohte, trat Chen Anfang Mai 1948 von seinen militärischen Posten zurück und unterzog sich in Shanghai einer Magenoperation. Nachdem die Kommunisten im Oktober 1948 die Mandchurei unter Kontrolle gebracht hatten, ging Chen nach Taiwan. Auf dem Höhepunkt der Huai Hai-Schlacht Ende 1948⁴⁶ wurde Chen zum Gouverneur von Taiwan und zum Chef der Taiwan-Garnisonstruppen ernannt, und zwar, wie erwähnt, mit dem Auftrag, Taiwan als Basis für den Rückzug der Nationalisten abzusichern. Er trat sein neues Amt am 5. Januar 1949 an und konnte die Evakuierung der Truppen und der zentralen Regierungsorgane nach Taiwan erfolgreich bewerkstelligen.⁴⁷ Chen gab den Gouverneursposten be-

reits 1950 wieder ab, nachdem er zum Ministerpräsidenten, genauer: zum Präsidenten des Exekutivyuans (1950-1954 und 1958-1963) avanciert war.

Die Aufgabe seines Lebens aber sollte der "Soldaten-Politiker" Chen in der Bodenreform finden, auf die er sich - als Leiter - mit all seinen Kräften und seinem Organisationsvermögen warf, und die er in der Rekordzeit von nur 5 Jahren durchzog. Darüber hinaus wurde Chen auch noch dem traditionellen Ruf des "Literaten-Staatsmanns" gerecht, indem er mehrere Bücher schrieb, u.a. "Wie kann die Politik, 'dem Pflüger das Land zu geben', verwirklicht werden?" (Ruhe shixian gengzhe you qitian), ferner "Kurzer Überblick über die acht Jahre Widerstandskrieg" (Banian kangzhan jingguo gaiyao), "Wie sind Sicherheit und Frieden zu erlangen?" (Ruhe zouxiang anchuan heping zhilu), "Die Ethik der Revolution" (Gemingde daode) und "Politische Erinnerungen" (Congzheng huiyi).

Beim Kampf um die Nachfolge Jiang Jieshis zog Chen Cheng gegenüber dem Sohn Jians, Jingguo, den kürzeren. Außerdem wurde er von einem Leberkrebsleiden befallen, dem er im März 1965 erlag.

Nachdem Chen Cheng die Umsiedlung der 1,2 Millionen GMD-Angehörigen vom Festland nach Taiwan - eine kleine Völkerwanderung! - erfolgreich durchgeführt hatte, trat er als Gouverneur der Inselprovinz zurück und machte einem Zivilisten Platz, der denn auch gleich wieder an die Wei Daoming-Linie anknüpfte. Bei seinem Nachfolger handelte es sich um den 1903 geborenen Wu Guozhen (bekannter als "K.C. Wu"), der bis dahin vor allem als Bürgermeister von Hankou (1932-1938), von Chongqing (1939-1949) und von Shanghai (1946-1948) sowie als Stellvertretender Außenminister (1943-1945) tätig gewesen war.⁴⁸

Dem neuen Gouverneur ging es während seiner nur 2 Jahre währenden Amtszeit vor allem um ein stückweises Auftauen der so eisig gewordenen Beziehungen zwischen Taiwanesen und Festländern. Mit diesem Ziel vor Augen stellte er ein bemerkenswert "taiwanesisches" Kabinett vor: von 23 Ressortleitern waren nicht weniger als 17 Taiwanesen, die allerdings von zahlrei-

chen festländischen "Beratern" und "Assistenten" eingerahmt wurden. Außerdem gelang es Wu, ein Gesetz für freie Wahlen auf Stadt- und Kreis-ebene durchzusetzen, zusätzliche Verbesserungen bei der Bodenreform zu erreichen und überhaupt ein liberales Klima zu schaffen.

Seine Tauwetterpolitik erwies sich als so erfolgreich, daß Jiang Jieshi befahl, parallele "Taiwanisierungs"-Maßnahmen auch im Bereich der Partei und der Armee durchzuführen. Zum neuen Oberkommandierenden der Armee sowie des "Taiwan-Verteidigungskommandos" wurde Sun Liren ernannt, der zahlreiche GMD-Senioren ausmusterte und sie ebenfalls zum Teil durch eigenes taiwanesisches Personal ersetzte.⁴⁹ Seine kommunalpolitischen Erfahrungen veranlaßten Wu, bereits am 16. August 1950 eine administrative Neugliederung der "Provinz Taiwan" vorzunehmen und die Insel in 16 "Kreise" (xian) und 5 "Städte" (shi: Taibei, Jilong, Tainan, Taizhong, Gao-xiong) einzuteilen.

Mit dem Fortgang des Koreakriegs verschlechterten sich jedoch die Bedingungen für den Querdenker Wu und seine Zivilisierungspolitik. Verbittert kehrte er daraufhin der Politik den Rücken und wanderte in die USA aus.

Wu hatte während seiner Amtszeit noch eine weitere Lektion lernen müssen, die darin bestand, daß der Gouverneursposten bei weitem nicht mehr so erfolgreich war wie noch zu Zeiten Chen Yis oder gar Chen Chengs. Die eigentlichen Entscheidungsknoten bildeten sich spätestens seit 1950 bei der Zentralregierung, die nun nicht mehr im fernen Nanjing residierte, sondern deren Amtssitz sich nur wenige Steinwürfe vom Provinzgouvernement entfernt lag. Im übrigen war dort, wo einst der japanische Generalgouverneur und später der GMD-Provinzgouverneur residiert hatten, nun das "Zongtongfu", d.h. der Palast des Staatspräsidenten.

Am 1. März 1950 wurde Jiang Jieshi in Taiwan erneut zum Präsidenten der Republik China gewählt. Sein zwischenzeitlicher Nachfolger Li Zongren, der im Januar 1949 die Rolle eines chinesischen Dönitz übernommen - und ebensowenig wie dieser die Niederlage aufgehalten hatte, wurde in absentia (er befand sich damals bereits im US-amerikanischen Exil) wegen

Pflichtverletzung angeklagt und am 10.3.1950 von der Nationalversammlung formell des Präsidentenpostens enthoben. Am 1. März 1950 übernahm Jiang das Präsidentenamt von neuem, und am 7. März wurde Chen Cheng zum Ministerpräsidenten (Chef des Exekutivyuans) ernannt.

Gleichzeitig begann der kometenhafte Aufstieg des (1909 geborenen) älteren Sohns des Präsidenten, Jiang Jingguo, der in Schlüsselstellungen der drei Machtsäulen Regierung, Armee und Partei einrückte und nicht nur (1) zum Verteidigungsminister und (2) zum Leiter der Politischen Abteilung in der Armee, sondern (3) auch zu einem Spitzenmitglied innerhalb des Zentralen Exekutivkomitees der GMD ernannt wurde. Außerdem avancierte er (4) zum Leiter der "Tewu", d.h. der Geheimpolizei. Der "junge" Jiang besaß damit bereits alle Insignien eines Kronprinzen und nutzte seine neugewonnene Schlüsselrolle sogleich dazu, verstärkt gegen die "kommunistische Gefahr" anzukämpfen, also eine Aufgabe fortzusetzen, die er bereits auf dem Festland mit jener Leidenschaft verfolgt hatte, zu der offensichtlich vor allem konvertierte Kommunisten fähig sind. Bekanntlich hatte der "junge" Jiang 12 Jahre seines Lebens (1925-1937) in der Sowjetunion verbracht, die ersten sechs mit Studien an der "Sun Yat-sen-Universität" (für chinesische Revolutionäre), die zweiten sechs als eine Art politischer Gefangener in Bergwerken und Fabriken.

1954 gab Jiang Jingguo bekannt, daß er dreieinhalb Jahre lang pro Monat durchschnittlich 13 kommunistische "Verschwörungen", insgesamt also rd. 550 "Konspirationen", habe auffliegen lassen.⁵⁰

Im Januar 1951 gab es den ersten Urnengang für die Wahl der Stadt- und Kreisabgeordneten. Damit war nach offizieller Wortregelung der Übergang zur "demokratischen Regierung" eingeleitet, wie er im Dreistufenplan Sun Yixians (Militär-, Vormundschafts-, demokratische Regierung) vorgesehen war. Doch sollte es sich schon bald zeigen, daß auch auf Taiwan eine Schwalbe noch keinen Sommer macht.

Am 25. Oktober des gleichen Jahres forderte Jiang Jieshi anläßlich der sechsten Wiederkehr des "Tages der Heimkehr Taiwans nach China", daß

die Insel zu einer "Modellprovinz" nach Maßgabe der "Drei Volkslehren" Sun Yixians ausgebaut werden solle, um so die Wiedervereinigung (Guangfu) für alle chinesischen Landsleute (tongbaomen) begehrenswerter zu machen.

Am 11. Dezember wurde die "Einstweilige Provinzversammlung" (Taiwan sheng linshi shengyihui) errichtet, und in seiner Neujahrsbotschaft für 1952 forderte Jiang "Vier große Reformen" auf politischem, sozialem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet - und zwar als Elemente der antikommunistischen Mobilmachung.

Wunder freilich waren auch jetzt nicht zu erwarten. Es bleibt festzuhalten, daß die Macht - unter Umgehung der Verfassung - noch jahrelang auf drei Säulen, nämlich den Staatspräsidenten, den Nationalen Sicherheitsrat und den "Tewu" (Geheimdienst) beschränkt blieb, daß über Kreisebene hinaus keine Wahlen stattfanden, daß keine wirklichen Oppositionsparteien (vom loyalen "Jungen China" und von der "Demokratisch-sozialistischen Partei" abgesehen) zugelassen wurden, daß weiterhin der 1949 ausgerufene Notstand in Kraft blieb und auch eine demokratisch institutionalisierte Nachfolgeregelung erst gut zweieinhalb Jahrzehnte später Platz greifen konnte.

Immerhin aber wurden damals schon die ersten demokratischen Spurenelemente ins politische System eingebracht, die Jahre später zur Entfaltung kommen sollten.

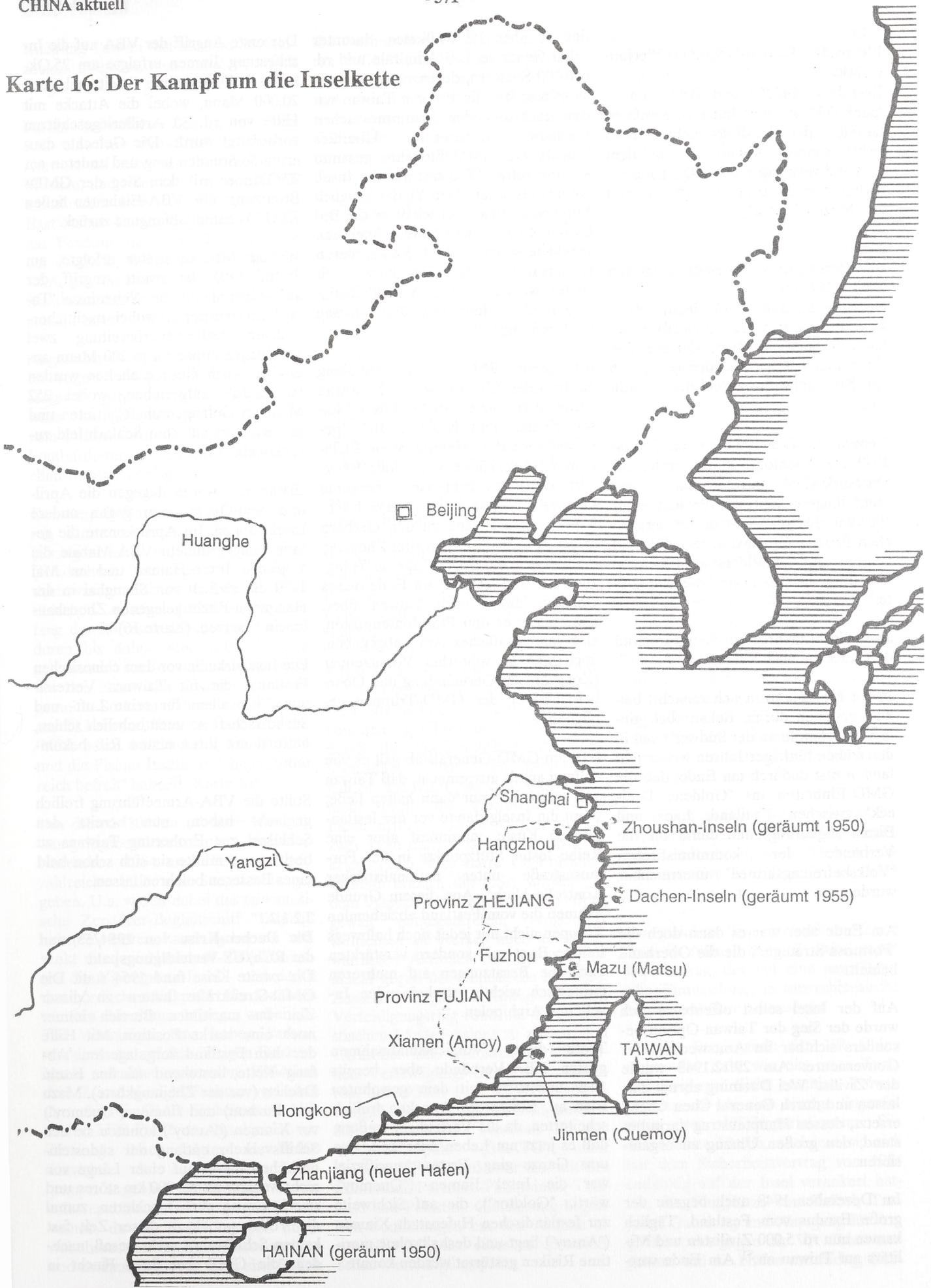
3.2.

Das militärische Tauziehen um Taiwan

Die Geschichte Taiwans läßt sich in unterschiedlichste Abschnitte gliedern, je nachdem, welche Optik angesetzt wird - sei es nun die des Wirtschaftlers, des Oppositionspolitikers oder aber die des Diplomaten. Betrachtet man sie unter militärischen Gesichtspunkten, so ergibt sich eine klare Zweiteilung, wobei das Jahr 1962 die Zäsur bildet: Bis dahin hatte es diesseits und jenseits der Taiwan-Straße Angriffsvorbereitungen und damit auch die Gefahr eines größeren militärischen Konflikts gegeben; nach 1962 dagegen traten militärische Überlegungen fast ganz in den Hintergrund und machten politischen Einigungskalkülen Platz.

Angesichts dieser Gegebenheit seien die Jahre 1949 bis 1962 im Zusammenhang behandelt.

Karte 16: Der Kampf um die Inselkette



3.2.1.**Die großen Taiwan-Krisen im Vierjahrestakt**

Zwischen 1949/50 und 1962 kam es "pünktlich" alle vier Jahre zu Konfrontationen, die allerdings nicht Taiwan selbst, sondern immer nur die dem Festland vorgelagerte Inselgirlande erfaßten, vor allem Jinmen ("Quemoy") und Mazu ("Matsu").

3.2.1.1.**Die Kämpfe an der Inselfront in den Jahren 1949/50**

Noch bis ins Jahr 1948 hinein gab es keine klare Entscheidung darüber, wohin sich die GMD-Kräfte für den Fall einer militärischen Niederlage gegen die Kommunisten zurückziehen sollten.

General Li Zongren, der im Januar 1949 die Nachfolge Jiang Jieshis als Staatspräsident antreten sollte, verfocht längere Zeit das Projekt einer "Festung Südwest", das in der bergreichen Provinz Guangxi angesiedelt und von dem aus der Widerstand gegen die Kommunisten organisiert werden sollte.

Jiang Jieshi favorisierte demgegenüber den Rückzug nach Taiwan.

In der Praxis setzten sich zunächst beide Versionen durch: Bekanntlich gingen die Kämpfe an der Südwestfront in den frühen fünfziger Jahren weiter und fanden erst dadurch ein Ende, daß die GMD-Einheiten ins "Goldene Dreieck" zwischen Thailand, Laos und Birma abgedrängt und damit für die Verbände der kommunistischen "Volksbefreiungsarmee" unerschließbar wurden.

Am Ende aber war es dann doch die "Formosa-Strategie", die die Oberhand behielt.

Auf der Insel selbst offenbarte sich wurde der Sieg der Taiwan-Option besonders sichtbar im Amtswechsel der Gouverneure: Am 29.12.1948 wurde der "Zivilist" Wei Daoming abrupt entlassen und durch General Chen Cheng ersetzt, dessen Hauptauftrag darin bestand, den großen Umzug zu organisieren.

Im Dezember 1948 auch begann der große Exodus vom Festland. Täglich kamen nun rd. 5.000 Zivilisten und Militärs auf Taiwan an.⁵¹ Am Ende wur-

den es über 1,2 Millionen, darunter 1.600 Generäle, 200 Admiräle und rd. 600.000 Soldaten, deren Hauptaufgabe es sein sollte, die Festung Taiwan vor den nachstoßenden kommunistischen Einheiten abzuriegeln. Überdies brachte die GMD fast ihre gesamte administrative Elite mit auf die Insel. Anders als unter Chen Yi, der lediglich Mitglieder seiner Seilschaft in die Behörden eingeschleust hatte, folgten nun wirkliche Köpfe ihres Fachs, deren Erfahrungen sich schon kurze Zeit später wohltuend auf Wirtschaftsmanagement, Bodenreform und Planung niederschlugen.

Im Januar 1949 hielt es auch Jiang Jieshi selbst für ratsam, auf Taiwan Zuflucht zu suchen. Er tat dies auf leisen Sohlen und bediente sich "gesichtswahrender" Methoden: am 21. Januar 1949 verkündete er seinen Rücktritt vom Präsidentenamt, ernannte General Li Zongren zu seinem Nachfolger, pilgerte dann zu den Gräbern seiner Ahnen in der Provinz Zhejiang, hielt sich noch einige Tage in Hangzhou auf und siedelte am Ende dieses Umwegs direkt nach Taiwan über. Zwar hatte er den Präsidentenposten, also sein staatliches Amt, abgegeben, doch war er weiterhin Vorsitzender (Zongcai) der Guomindang und Oberbefehlshaber der GMD-Truppen geblieben.

Für den GMD-Generalstab galt es von Anfang an als ausgemacht, daß Taiwan sich militärisch nur dann halten ließe, wenn die Inselgirlande vor der festländischen Küste, zumindest aber eine Reihe fester Stützpunkte in der Formosastraße unter nationalistischer Kontrolle bliebe. Aus diesem Grunde nahmen die vom Festland abziehenden Truppen nicht nur jedes noch halbwegs intakte Boot mit, sondern verstärkten auch die Besatzungen auf mehreren strategisch wichtig erscheinenden Inseln und Archipelen.

Trotz dieser Vorsichtsmaßnahmen griffen VBA-Verbände aber bereits 1949 und 1950 mit dem gewohnten Elan an. Einige der Attacken freilich scheiterten, da die Verteidiger wußten, daß es jetzt um Leben oder Tod, also ums Ganze ging. Erstes Angriffsziel war die Insel Jinmen ("Quemoy", wörtl.: "Goldtor"), die auf Sichtweite zur festländischen Hafenstadt Xiamen ("Amoy") liegt und deshalb ohne maritime Risiken gestürmt werden konnte.

Der erste Angriff der VBA auf die Inselfestung Jinmen erfolgte am 25. Oktober 1949 mit einer Streitmacht von 20.000 Mann, wobei die Attacke mit Hilfe von rd. 30 Artilleriegeschützen vorbereitet wurde. Die Gefechte dauerten 56 Stunden lang und endeten am 27. Oktober mit dem Sieg der GMD-Besatzung. Die VBA-Einheiten ließen 7.341 Tote und Gefangene zurück.

Wenige Monate später erfolgte, am 26. Juli 1950, der zweite Angriff, der sich diesmal auf die Nebeninsel "Tantan" konzentrierte, wobei nach abermaliger Artillerievorbereitung zwei Landungsgruppen zu je 200 Mann angriffen. Auch diese Einheiten wurden bis 27. Juli aufgerieben, wobei 252 Mann in Gefangenschaft gerieten und der Rest tot auf dem Schlachtfeld zurückblieb.

Erfolgreich waren dagegen die April- und Mai-Operationen gegen andere Inselgruppen. Im April konnte die gerade neugegründete VBA-Marine die tropische Insel Hainan und im Mai 1950 die südlich von Shanghai in der Hangzhou-Bucht gelegenen Zhoushan-Inseln besetzen. (Karte 16)

Die Inselgirlande vor dem chinesischen Festland, die für Taiwans Verteidigung, vor allem für seine Luft- und Seeherrschaft so unentbehrlich schien, hatte damit ihren ersten Riß bekommen.

Sollte die VBA-Armeeführung freilich geglaubt haben, nun bereits den Schlüssel zur Eroberung Taiwans zu besitzen, so mußte sie sich schon bald eines Besseren belehren lassen.

3.2.1.2.**Die Dachen-Krise von 1954/55 und der RCh/US-Verteidigungspakt**

Die zweite Krise fand 1954 statt. Die GMD-Streitkräfte hatten zu dieser Zeit im maritimen Bereich immer noch eine starke Position. Mit Hilfe der dem Festland vorgelagerten "Abfang"-Kette, bestehend aus den Inseln Dachen (vor der Zhejiangküste), Mazu (vor Fuzhou) und Jinmen ("Quemoy") vor Xiamen ("Amoy") konnten sie den Schiffsverkehr entlang der südostchinesischen Küste auf einer Länge von nicht weniger als rd. 900 km stören und streckenweise auch blockieren, zumal die Volksrepublik zu dieser Zeit fast keinen Schiffsraum mehr besaß, nachdem die GMD bei ihrer Flucht in

Richtung Taiwan fast alles an Seefahrzeugen mitgenommen hatte, was noch einigermaßen zu gebrauchen war.

Ferner befürchtete Beijing zu dieser Zeit eine von den USA inszenierte Antwort auf seine enge Anbindung an Moskau, und zwar in Form einer anti-kommunistischen NEATO (North East Asian Treaty Organisation), die das Pendant zur SEATO bilden, und der die RCh, das Japan Yoshidas, die USA und das Korea des geschworenen Kommunistenfeindes Syngman Rhee angehören sollten.⁵²

Angesichts dieser Situation zog Beijing im August 1954 plötzlich alle Register seiner Propaganda zur "Befreiung Taiwans" und begann am 3. September vom Festland aus die Insel Jinmen zu bombardieren und gleichzeitig die Dachen-Inseln zu belagern.

Der Begriff Dachen umfaßt im engeren Sinne zwar nur die "Oberen" (Shangdachen) und die "Unteren" (Xiadachen) Inseln gleichen Namens, doch waren damit im Kontext der militärischen Auseinandersetzungen Anfang der fünfziger Jahre auch alle anderen bis dahin von GMD-Truppen gehaltenen Inseln und Inselgruppen vor der Küste der Provinz Zhejiang gemeint. So konnte denn auch Xinhua am 13. Februar 1955 melden, daß die "VBA heute die Dachen-, die Yushan- und die Pishan-Inseln im Zhejiang-Bereich befreit" habe.⁵³ (Karte 16)

Um die rd. 300 km nördlich von Taiwan gelegenen Inseln hatte es zwischen November 1954 und Februar 1955 zahlreiche Luft- und Seegefechte gegeben. U.a. waren dabei das taiwanische Zerstörer-Begleitschiff "Taiping" nebst mehreren Landungsbooten versenkt worden. Nachdem VBA-Einheiten die Yijiangshan-Insel - und damit den nördlichen Eckpunkt der Dachen - hatten einnehmen können, wobei alle 720 Verteidiger ums Leben kamen, war die Lage auf den übrigen Dachen-Inseln unhaltbar geworden. Zwischen dem 7. und dem 13. Februar verließen daraufhin die GMD-Einheiten mit Hilfe der 7. US-Flotte das Inselgebiet vor Zhejiang. Ihnen folgten rd. 18.000 Einwohner der aufgegebenen Inselgruppe: angeblich unfreiwillig, wie die volksrepublikanische Propaganda hervorhob, da die GMD-Truppen unbewohnbares Gebiet hinterlassen wollten und zu diesem Zweck auch eine Politik

der "verbrannten Erde" betrieben hätten.⁵⁴ Die Fischerboote und die meisten Häuser seien in Brand gesteckt und die Inseln durch systematische Verminderung in eine "unbewohnbare Todesfalle" verwandelt worden. Es habe Jahre gedauert, ehe neues Leben auf den Inseln möglich geworden sei.⁵⁵

Schon eine Woche nach dem Fall der Yijiangshan-Insel plädierte das US-Repräsentantenhaus mit 409 zu 3 Stimmen für den Einsatz amerikanischer Streitkräfte zur Verteidigung Taiwans, der Pescadores und anderer "related positions and territories".

War es die Tatsache, daß nunmehr ein großes Loch im taiwanesischen Küstenabfangnetz klaffte, war es die halbherzige Unterstützung Beijings durch Moskau einerseits und das entschlossene Eingreifen Washingtons zugunsten Taiwans andererseits - oder aber war es das Tauwetter, das die damals herannahende Bandung-Konferenz mit sich brachte? Jedenfalls ließen die Spannungen um Taiwan im Frühjahr 1955 nach, und am 23. April 1955 unterbreitete Zhou Enlai den Amerikanern sogar ein Verhandlungsangebot.

Schon kurz nach Ausbruch der Kämpfe um Dachen war am 2. Dezember 1954 ein bilaterales Verteidigungsabkommen geschlossen worden, das durch die Dachen-Affäre allerdings höchstens mitbeeinflusst, keineswegs jedoch motiviert worden war. Vielmehr reichte die Vorgeschichte des Pakts mehrere Jahre zurück: Schon zwei Tage nach Ausbruch des Koreakriegs (25.6.1950) hatte US-Präsident Truman erklärt, die USA würden jedem Angriff auf Taiwan mit Waffengewalt entgegenreten; umgekehrt wünschten sie freilich auch keine bewaffneten Aktionen der GMD-Streitmacht gegen das chinesische Festland. Zusätzlich begann Washington, einen Verteidigungsring rund um die sozialistischen Länder Asiens zu ziehen. Am 1. Oktober 1953 schlossen die USA einen Verteidigungsvertrag mit Südkorea, am 19. Mai 1954 ein Waffenlieferungsabkommen mit Pakistan, und am 8. September 1954 brachten sie den "Südostasienpakt" (SEATO) unter Dach und Fach, und zwar u.a. mit den asiatischen Partnern Philippinen, Thailand und Pakistan. Gleichzeitig begannen Bemühungen um den Aufbau einer NEATO, also eines nordostasiatischen Verteidigungspakts.

Als die Regierung der VR China im August 1954 erklärte, Taiwan müsse notfalls mit Gewalt "befreit" werden, und als zur Bestärkung dieser Aussage auch noch ein Bombardement gegen die Inseln Jinmen und Mazu einsetzte, fühlten sich die USA zur Eile angehalten: Zunächst versuchten sie, Taiwan in die SEATO einzubringen. Als freilich Großbritannien, ein Mitglied des südostasiatischen Verteidigungspakts, gegen dieses Vorhaben Protest einlegte, beschloß Washington, auf eigene Faust zu handeln und mit Taiwan ein bilaterales Verteidigungsabkommen zu schließen. In dem aus 10 Artikeln bestehenden Vertrag verpflichteten sich die Partner, internationale Zwistigkeiten möglichst auf friedliche Weise beizulegen. Freilich sollten auch militärische Mittel nicht verschmäht werden, falls es nötig sei, "bewaffnete Angriffe" sowie "kommunistische Subversionen, die von außen her gegen ihre territoriale Integrität und ihre politische Stabilität gerichtet sind", abzuwehren. Schutz-"Gebiete" waren gemäß Vertrag Taiwan, die Pescadores und die westpazifischen Inseln der USA. In § 7 erklärte sich Taipei damit einverstanden, daß die USA so viel Land-, See- und Luftstreitkräfte in und um Taiwan sowie auf den Pescadores stationieren dürften, wie "nach gegenseitiger Übereinkunft für ihre Verteidigung nötig sind". Beide Seiten sollten sich vor einem Einsatz von militärischen Mitteln soweit wie möglich gegenseitig konsultieren.⁵⁶

Bereits am 30. Dezember 1954 kam der Vorsitzende der "Joint Chiefs of Staff", Admiral Radford, nach Taiwan, um dort operative Einzelheiten zum Verteidigungsvertrag zu beraten.

Am gleichen Tag protestierte Zhou Enlai im Namen der VR China gegen den Vertrag, der auf eine amerikanische Einmischung in innerchinesische Angelegenheiten hinausliefe.

Auf die Propaganda der VR China wirkte der Pakt wie ein rotes Tuch. Aus Beijinger Sicht erschien Taiwan von nun an als eine einzige Superfestung des US-Imperialismus. Die Amerikaner hätten, nachdem sie sich mit dem Sicherheitsvertrag von 1954 endgültig auf der Insel verankert hatten, die Flugplätze von Taipei, Taoyuan, Gaoxiong und Xiaogang für Angriffszwecke gegen die VR China ausgebaut und die Häfen von Jilong, Gao-

xiong sowie von Hualian modernisiert, darüber hinaus aber auch neue Häfen in Su'ao (Ostküste) sowie in Wuqi (bei Taizhong am mittleren Abschnitt der Westküste) angelegt. Sie stampften ferner eine Nord-Süd-Autobahnverbindung aus der Erde, um all diese Basen zusammenzufassen. Ferner hätten sie meteorologische Bodenstationen und Raketenabschlußbasen errichtet, die ganze Insel mit einem Spionagenetz überzogen, Militärhilfe in Höhe von insgesamt 5 Mrd. US\$ (sic!) in die Insel hineingepumpt und obendrein noch die "japanischen Militaristen" mit in die Gesamt-"Verteidigung" hineingezogen, um Taiwan auf diese Weise "zu einem Sammelbecken der Reaktionskräfte aus ganz Asien zu machen". Alles in allem sei Taiwan "die Hölle auf Erden".⁵⁷

Was hier propagandistisch zusammengekocht wurde, war ganz sicherlich überdreht (wenngleich einzelne der vorgebrachten Fakten über Straßen-, Hafen- und Flughafenausbauten durchaus richtig waren), doch spiegeln solche Ausführungen gewisse Befürchtungen wider, die Beijing gegenüber einem Taiwan hegte, auf dem sich drei seiner damaligen Hauptfeinde, nämlich die GMD, der "amerikanische Imperialismus" und der "japanische Militarismus", gegen die VR China verschworen hatten.

Ein anderes wichtiges Phänomen, das in nicht geringem Maße zur Selbstverteidigungsfähigkeit Taiwans beitrug, tauchte in der Beijinger Propaganda kaum auf - nämlich die schnell zunehmende Modernisierung und Schlagkraft der RCh-Armee.

Schon Mitte der fünfziger Jahre kam es beim Militär zur Ausmusterung ganzer Einheiten, die durch jungen Nachwuchs aus Taiwan ersetzt wurden. Nach der Knochenmühle ständiger Kriege - und zumeist auch Niederlagen - hatten sich bei vielen Soldaten vom Festland Abnutzungserscheinungen eingestellt, die von einem tiefen Ruhebedürfnis begleitet waren. In Betrachtungen über seinen Vater schreibt der Schriftsteller Zeng Xinyi: "Von morgens bis abends liest Vater die Zeitung, macht zur festgesetzten Stunde seinen Spaziergang und hilft Mutter bei der Hausarbeit... Er liebt es, in aller Gemütsruhe das Haus zu hüten und Tag für Tag dasselbe zu tun. Das hängt wohl damit zusammen, daß er

schon in früher Jugend aus dem Haus gegangen ist und als Soldat am Widerstandskrieg gegen die Japaner und an den Ausrottungsfeldzügen gegen die Kommunisten teilgenommen hat... Wenn ich ihn von jenen entbehrungsreichen Jahren des Kriegs und des Bürgerkriegs reden höre, kann ich mir durchaus vorstellen, daß Leute wie er damals nichts sehnlicher erhofften, als irgendwann einmal ihr Leben geruhig im Kreise der Familie verbringen zu können, und es befremdet mich dann auch nicht länger, daß er es nie satt hat, Tag für Tag im Hause zu hocken."⁵⁸

Viele Altgediente traten ins Zivilleben über, wo man sie noch in den sechziger und siebziger Jahren als Minirestaurant-Betreiber, als Hausmeister oder als Taxifahrer antreffen konnte, oder sie wurden beim Bau von Großinfrastrukturprojekten, z.B. für die "Kreuz- und Querstraße" (Hengguanglu) eingesetzt, die als Hochpanoramaroute von Ost nach West direkt durchs Hochgebirge führt. An ihre frühere Stelle traten junge Rekruten, die sowohl politisch als auch militärisch intensiv geschult wurden, und deren Schlagkraft diejenige der früheren Einheiten bei weitem in den Schatten stellte. Nicht wenige Ausländer bezeichneten die Streitkräfte Taiwans schon bald als die bestausgebildetsten und motiviertesten Einheiten Asiens.

3.2.1.3.

1958 ff.: Das Dauerbombardement gegen Jinmen ("Quemoy")

Zwischen 1955 und 1958 war die Taiwan-Frage zwar weiterhin am Brodeln, doch kam sie nur einmal kurz zum Überkochen, als nämlich die VRCh am 19. Januar 1956 Jinmen mit Artilleriefeuer eindeckte. Einen echten Anlaß dazu gab es damals freilich nicht. Innenpolitisch war die Volksrepublik zu dieser Zeit ganz von der Durchführung ihres Ersten Fünfjahresplans (1953-1957) absorbiert. Kein Wunder, daß sich die Außenpolitik in diesem Zeitraum geradezu wie eine Idylle ausnimmt, vergleicht man sie mit den stürmischen Phasen 1949/50 und 1958 ff. In diese "ruhigen" Jahre fiel die Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens in Korea (1953), die Genfer Indochinakonferenz (1954), die Bandung-Konferenz (April 1955) und die enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Am 1. August 1955 begannen - in aller Heimlichkeit - sogar Ge-

spräche mit dem "imperialistischen Todfeind", den USA, und zwar zuerst in Warschau und später in Genf. Durch diese Kontakte sollte in den nachfolgenden Jahren nicht weniger als dreimal eine Eskalation der Spannungen um Taiwan und damit die Gefahr kriegerischer Konflikte verhindert werden. Selbst bei regulären diplomatischen Beziehungen hätte sich angesichts der grundsätzlichen Differenzen beider Mächte wohl kaum mehr herausholen lassen, als bei den insgesamt 136 Gesprächsrunden, die zwischen 1955 und 1970 stattfanden.

Nach außenhin wurde der US-Imperialismus zwar wütend heruntergemacht, im Binnenverhältnis dagegen herrschte Einverständnis - und Kompromißbereitschaft.

Auch Taiwan profitierte von dieser neuen Friedlichkeit.

Daß bis zur nächsten größeren Auseinandersetzung immerhin abermals vier Jahre vergehen konnten, hatte mehrere Gründe: Beijing eröffnete fast 1.500 km (Luftlinie) südwestlich von Shanghai - nahe der Insel Hainan - den neuen Hafen Zhanjiang (Tsamkong), der außerhalb des taiwanesischen Operationsradius lag, so daß ein erneuter Befreiungsschlag nach dem Schema von 1954/55 überflüssig war. Vor allem aber hatte 1957 auf dem Festland die Tauwetterperiode der "Hundert Blumen" begonnen, in deren Verlauf Beijing der RCh sogar Verhandlungen über eine friedliche Lösung der Taiwan-Frage anbot.

Doch plötzlich war es mit der versöhnlichen Stimmung zu Ende. Am 8. Juni 1957 schlug die "Hundert-Blumen-Bewegung" in die "Rechtsabweichlerkampagne" um und leitete eine neue Periode innenpolitischer Auseinandersetzungen ein, die von schrillen Tönen begleitet war und am Ende in drei weitere Großkampagnen einmündete, die unter den Stichworten "Neue Generallinie des sozialistischen Aufbaus", "Großer Sprung nach vorn" und "Volkskommunbewegung" weltweit Schlagzeilen machten und, wie es hieß, zu einem neuen "revolutionären" Aufbruch führte, der sich nicht nur innenpolitisch, sondern auch nach außen hin auswirkte. U.a. kam es jetzt zum Bruch mit der Sowjetunion und zum Grenzkrieg mit Indien, nicht zuletzt aber auch zu einer neuen aggressiven Politik gegenüber Taiwan.

Dem Schema von 1954 folgend setzte im Juli 1958 eine neue Massenbewegung zur "Befreiung Taiwans" ein, die in jenes 44tägige Bombardement Jinmens einmündete, das damals in aller Welt Aufsehen erregte und den Beginn eines neuen ostasiatischen Kriegs anzudeuten schien.

Wieder einmal war es also Jinmen (Quemoy), das in den Mittelpunkt rückte, und das ja auch in der Tat zum Angriffsobjekt geradezu prädestiniert erscheint. Liegt es doch auf Sichtweite zum Festland und ist von der Hafenstadt Xiamen (Amoy) nur rd. 25 km, von der nächsten Stelle Taiwans aber 220 km, also fast zehnmal so weit, entfernt. Bis zur nächstbenachbarten, von der Volksrepublik gehaltenen Insel sind es überhaupt nur 2.300 m. Man kann also das Weiße im Auge des Feindes sehen. Außerdem schiebt sich die Hauptinsel in die Bucht von Fuzhou und kann deshalb von drei Seiten her mit Artilleriefeuer belegt werden.

Die Jinmen-Gruppe besteht aus vier größeren und einigen kleinen Inseln mit einer Gesamtfläche von nicht einmal 150 qkm. Auf der Hauptinsel Jinmen liegt die gleichgenannte Stadt, die 1958 etwa 8.000 Einwohner zählte, sowie ein halbes Dutzend größere Dörfer.

Seit 1950 war das ursprünglich nur von einigen Bauern und Fischern bewohnte Jinmen mit einer Intensität ohnegleichen zur Festung ausgebaut worden: Die ganze Insel verwandelte sich im Laufe der Jahre in ein riesiges Waben-system aus Kasematten und Stollen, das auch dem stärksten Artilleriebeschuss oder Luftangriff standhalten sollte. So gründlich wurde Jinmen unterirdisch ausgebaut, daß manchmal von "Zwei Jinmens" die Rede ist - dem äußeren und dem inneren!

Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Das große "Auditorium" (60x40x18 m) wurde in 180 Tagen von 600 Soldaten unter Einsatz von 78 t TNT-Sprengstoff aus dem nackten Felsen herausgearbeitet und weist ein "Dach" von 40-60 m auf. Es kann als Kulturveranstaltungshalle, notfalls aber auch als Krankenhaus dienen. Stein gewordenes Pathos!

Ähnlich ist es übrigens auch mit der anderen dem Festland vorgelagerten und nach wie vor von GMD-Truppen

gehaltenen 28 qkm großen Insel Mazu bestellt, von der aus die Einfahrt in die Hafenstadt Fuzhou kontrolliert werden kann, und die vom Festland etwa 100 km, von Taiwan aber über 250 km entfernt ist.

Jinmen gilt - ebenso wie Mazu - aus mehreren Gründen als strategisch unentbehrlich für die Verteidigung Taiwans: Zum einen lassen sich von dort aus Luftwaffen- und Marinebewegungen beobachten, wodurch Verteidigungstiefe in Richtung Taiwan entsteht, zum andern läßt sich im Notfall von Jinmen (und von Mazu) aus der feindliche Schiffsverkehr unterbrechen. Taipei brachte es mit Hilfe solcher Argumente zuwege, den Amerikanern die Formel vom Jinmen als einem der "wichtigsten Kampfaußenposten der freien Welt" schmackhaft zu machen.⁵⁹

Aus der Sicht der RCh-Armeeführung sind Jinmen und Mazu strategisch gleichermaßen wichtig, ja verhalten sich zueinander wie "zwei Augen", die besser beobachten können als ein einziges Sehorgan.

Entsprechend dieser Bedeutung wurden beide Inseln so ausgebaut, daß sie jedem Bombardement, sei es aus der Luft, von den gegenüberliegenden Ufern oder aber von der Seeseite her, standhalten können. Stets befinden sich auf der Insel mehrere tausend bis an die Zähne bewaffnete reguläre Soldaten (die genaue Zahl wird aus verständlichen Gründen nicht bekanntgegeben), und außerdem sind dort auch Milizeinheiten stationiert, u.a. weibliche Sanitätsstaffeln. Die Munitionierung und Proviantierung ist angeblich so reichlich, daß Jinmen und Mazu über Monate aushalten und überdies von sich aus unabhängige Operationen durchführen können.

Ebenso bedeutsam wie der strategische ist aber auch der politisch-psychologische Stellenwert der beiden Inseln. Sie gelten als ein "Symbol der Hoffnung" auf "glanzvolle Wiederherstellung" (guangfu) der GMD-Macht und, wie es heißt, als eine Verkörperung des Rechts gegenüber der rohen Macht. Außerdem dient Jinmen als vorgeschobene Propagandaplattform Taiwans. Ganz in diesem Sinne wurden von der Insel aus jahrelang Radiosendungen aufs Festland ausgestrahlt und Luftballons mit Propagandamaterial losgelassen.

Leider wurden die Botschaften - ähnlich wie umgekehrt die Propagandasendungen der Volksrepublik - nicht nur in schrillen Formulierungen, sondern auch mit hohen und scharfen Frauenstimmen vorgetragen, die wie Rasierklingen schneiden. Nach all der propagandistischen Überfütterung, die die festländische Bevölkerung von seiten des eigenen Propagandaapparats bereits hatte über sich ergehen lassen müssen, hätte ein leiser und ruhiger Ton wohl mehr ausgerichtet.

Hauptthemen der "psychologischen Kriegsführung" waren Aufrufe zur Rebellion gegen das kommunistische Unrechtsregime sowie Belehrungen über die demokratischen und wirtschaftlichen Fortschritte im "Freien China".

Die VRCh-Propaganda blieb der Dauerberieselung aus Jinmen nichts schuldig, sondern konterte in fast kompletärer Weise, indem sie ihrerseits zur Erhebung gegen die GMD-Herrschaft aufrief, indem sie zweitens mit spitzem Finger auf die taiwanesisch-amerikanische "Konspiration" hindeutete, und der Bevölkerung Taiwans die "Errungenschaften" des sozialistischen Systems schmackhaft zu machen versuchte.

Mit Jinmen verbindet sich nicht zuletzt auch eine Assoziation, die dem Durchschnittsbewohner Taiwans durch Jahrzehnte der Propaganda eingehämmert wurde und die sich in dem Vierzeichenmotto "Wu wang zui Ju" ("Vergiß nicht, daß wir in Ju sind") beschlossen liegt. Der Spruch verweist auf eine bekannte Episode der chinesischen Geschichte: Als der König von Ji durch den Nachbarstaat Yan besiegt zu sein schien, zog er sich in zwei Städte seines Reichs zurück und betrieb von dort aus mit Erfolg die Rückeroberung. Eine dieser beiden Städte hieß Ju. Sie lag im Südosten der heutigen Provinz Shandong.

Jeder Einwohner der RCh solle daraus eine Lehre ziehen!

Die vier Schriftzeichen wurden im Dezember 1952 nach einer Kalligraphie Jiang Jieshis in einen mächtigen Felsblock eingehauen, dessen Stirnseite zum Festland hin weist. In den nachfolgenden Jahren sollte das Motto zum Inbegriff des antikommunistischen Widerstands werden.

Dieses Jinmen also sollte Mitte 1958 erneut in den Mittelpunkt nicht nur des taiwanesischen, sondern des Weltinteresses treten.

Am 23. August 1958 begann um 18.00 Uhr vom Festland aus ein Artilleriebombardement, das sage und schreibe 44 Tage lang andauerte, und in dessen Verlauf pro Tag rd. 10.000 Granaten verschossen wurden.

Merkwürdig aber, daß dem Blitz kein Donner folgte, daß also die als Artillerieschießvorbereitung erscheinende Aktion nicht von einem Landungsmanöver begleitet wurde.

Wie sich bald herausstellte, war die Beschießung eher Ausdruck eines mobilisatorischen Rituals und hysterisches Beiwerk zur Aufbruchstimmung des "Großen Sprungs" als eine Manifestation militärischer Eroberungsabsichten. Sie sollte das kriegerische Nebengeräusch zu den laufenden innenpolitischen Kampagnen abgeben, die höchst martialische Bezeichnungen trugen - man denke an den damals verkündeten "Volkskrieg gegen die Natur", an die "Militarisierung" des Lebens innerhalb der neu aufgebauten Volkskommunen sowie an die gigantische Milizaufbau-bewegung, die unter der Parole "Jedermann ein Soldat" stand.

Niemand, der damals nicht gewaltig überzogene Erfolgsstatistiken vorgezeigt, heroische Großtaten gemeldet und von überwältigenden Siegen im "Kampf gegen die Natur" (u.a. gegen Sperlinge, Ratten und andere "Schädlinge") gekündet hätte!

Das 44tägige Bombardement, das den chinesischen Steuerzahler so teuer zu stehen kam, war eine jener zahllosen Übertreibungen, wie sie damals zum Alltag gehörten, und wie sie sich beispielsweise auch in Form riesiger "Stahlschlachten" in Rahmen der "Volkshochofen"-Bewegung abspielten.⁶⁰

Rein militärisch erwies sich das Bombardement als sinnlos. Erstens diente es, wie erwähnt, keiner Angriffsvorbereitung, und zweitens richtete es nur wenig Schaden an. Obwohl nämlich Jinmen auf drei Seiten vom Festland umschlossen ist und daher jeder Quadratmeter auf der Insel von der Artillerie umgepflügt werden kann, blieben die Stollensysteme intakt. Als schließ-

lich auch noch die Seeblockade der VBA-Marine durchbrochen werden konnte, gab Beijing seine - höchst kostspieligen - Angriffe auf und erklärte am 6. Oktober 1958 von sich aus einen einseitigen "Waffenstillstand". Als jedoch 14 Tage später US-Außenminister Dulles - ein erklärter Kommunistenfeind - nach Taiwan kam, begann die Bombardierung von neuem, allerdings nur, wie ein Sprecher der VBA erklärte, an ungeraden Tagen.

Bereits am 27.8.1958 hatte US-Präsident Eisenhower erklärt, die USA fühlten sich dafür "verantwortlich", daß die beiden Inseln Jinmen und Mazu, auf denen die "Nationalisten" ungefähr ein Drittel ihrer Streitkräfte unterhielten, nicht in feindliche Hand fielen. Der Vizepräsident Nixon bestätigte diese Aussage am 6. September und verlangte, daß sich die USA in dieser schwierigen Lage nicht als "Papiertiger" erweisen, sondern dafür eintreten sollten, daß Jinmen und Mazu auch künftig "Außenposten der freien Welt in Asien" bleiben. Erklärungen dieser Art haben ihre Wirkungen in der Tat nicht verfehlt. Wahrscheinlich ist Jinmen aus den gleichen Gründen wie das verteidigungsstrategisch ähnlich ungünstig gelegene Westberlin nicht gefallen, weil nämlich als letzte Schutzinstanz die USA dahinterstanden - im Falle Jinmens mit ihrer schlagkräftigen 7.Flotte.

Sogar die UdSSR, die damals mit Beijing offiziell noch eng verbündet war (besser: schien), zeigte für das volksrepublikanische Jinmen-Abenteuer wenig Verständnis. Zumindest erklärte Chruschtschow am 5. Oktober 1958, daß sich die UdSSR in den Konflikt um Jinmen nur einmischen wolle, wenn die USA - von den Nationalchinesen war in diesem Zusammenhang nicht die Rede! - die VR China angriffen.⁶¹ Beijing konnte also nicht mit der militärischen Unterstützung Moskaus rechnen.

Offensichtlich als Wink an Chruschtschow erklärte der amerikanische Außenminister Dulles am 23. Oktober 1958, daß die militärischen Verpflichtungen der USA gegenüber Taiwan nur defensiven Charakter hätten.⁶²

Am Ende setzten sich in Beijing dann doch noch die gemäßigten Kräfte durch. So bot beispielsweise am 6. September 1958 Ministerpräsident Zhou

Enlai den USA die Wiederaufnahme der Warschauer Gespräche an - eine Offerte, die von Washington sogleich angenommen wurde. Damit aber war die Gefahr eines neuen Kriegs praktisch abgewendet.

Am 25. Oktober kündigte Beijings Verteidigungsministerium an, daß die Insel fortan nur noch an ungeraden Tagen (sic!) beschossen würde. Bis 1960 hielt sich die Volksrepublik ziemlich genau an dieses Zeremoniell, das nur aus ganz besonderen Anlässen durchbrochen wurde. So fanden beispielsweise zwischen dem 7. und dem 19. Juni 1960 die seit langem schwersten Bombardements statt, als nämlich US-Präsident Eisenhower Taiwan besuchte. In diesen drei Tagen gingen 174.754 Artilleriegeschosse auf Jinmen nieder.⁶³ Anschließend trat wieder Ruhe ein. Beschießungen fanden nun nur noch höchst unregelmäßig statt. Nur während der Visite Präsident Nixons in Beijing im Februar 1972 wurde das Bombardement demonstrativ eine Zeitlang ausgesetzt.

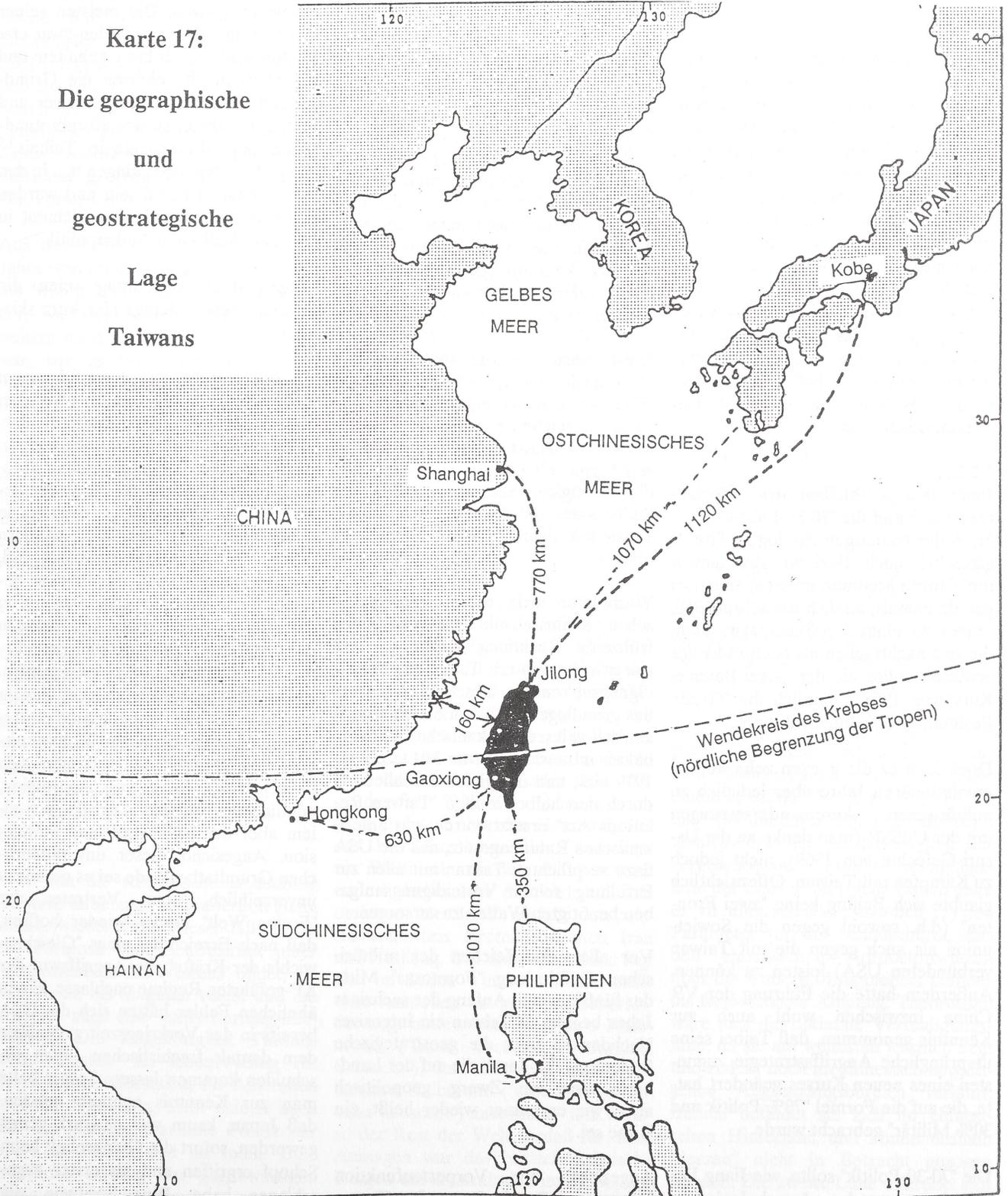
Die tägliche Zitterpartie Jinmens gegenüber dem so greifbar nahen festländischen Gegner förderte, bei allen Ängsten, die sie hervorrief, doch auch eine beruhigende Erkenntnis ans Licht, daß nämlich Taiwan, sehr im Gegensatz zu Jinmen und Mazu, militärisch in einem "beruhigenden" Abstand zum Festland liegt. Zwischen der Provinz Fujian und der Insel Taiwan erstreckt sich die Formosastraße mit einer Breite von immerhin 160 km. Nach Süden hin sind es bis zu den Philippinen rd. 350 km, nach Norden hin bis zur südlichen japanischen Insel Kyushu rd. 1.070 km. Nach Osten hin gibt es, von wenigen winzigen Inseln abgesehen, erst wieder in San Francisco festes Land. (Karte 17)

3.2.1.4.

Die Nachwehen von 1962

Wie zur Bestätigung des bisherigen Vier-Jahres-Krisenzyklus kam es 1962 zur dritten Zuspitzung um Taiwan, und zwar aus einer Reihe von Gründen: Die "Drei schlimmen Jahre" (1959-1961), die dem Großen Sprung auf dem Festland gefolgt waren, und die bei der Bevölkerung tiefen Widerwillen gegen das Regime in Beijing hinterlassen hatten, schienen für die GMD das Ziel der Wiedereroberung des Festlands in greifbare Nähe gerückt zu haben. Wann bot sich je wie-

Karte 17:
Die geographische
und
geostrategische
Lage
Taiwans



der eine solche Chance wie jetzt, da ganz China hungerte und nach Rettung Ausschau hielt!? Soldaten wurden auf Taiwan zusammengezogen, und am 1. Mai kam es zur Einführung einer neuen "Rückeroberungs"-Steuer. Zugleich ernannte Washington einen Falken, nämlich Admiral Alan G. Kirn, zum amerikanischen Botschafter in Taipeh.

Beijing reagierte scharf: Es zog im Juni starke Truppenverbände gegenüber Taiwan zusammen, spielte aber gleichzeitig, wie schon 1954 und 1958, eine zweite Taktik aus und bot den USA Gespräche an. Bereits am 23. Juni trafen die Botschafter Beijings und der USA erneut zu einem Gespräch in Warschau zusammen, wobei sich die VR China das Versprechen geben ließ, daß die USA Taiwan nur in der Defensive, nicht aber bei einer Vorwärtstrategie gegen das Festland unterstützen würden. Schon wenige Tage nach diesen Gesprächen ließen die "Rückeroberungs"-Vorbereitungen auf Taiwan merklich nach.

3.2.1.5.

1966: Das Ausbleiben des "Vierjahreszyklus" und die "70-30-Politik"

Nach der bisherigen Zeitlogik hätte es eigentlich auch 1966 zu Spannungen um Taiwan kommen müssen, zumal es gerade damals, ähnlich wie schon 1958, erneut zu einer Großkampagne kam, die sich nachträglich als noch radikaler erweisen sollte als der "Drei-Banner-Kurs" von 1958 - nämlich die "Große Proletarische Kulturrevolution".

Doch kam es die ganzen zehn kulturrevolutionären Jahre über lediglich zu militärischen Auseinandersetzungen mit der UdSSR (man denke an die Usuri-Gefechte von 1969), nicht jedoch zu Kämpfen mit Taiwan. Offensichtlich glaubte sich Beijing keine "zwei Fronten" (d.h. sowohl gegen die Sowjetunion als auch gegen die mit Taiwan verbündeten USA) leisten zu können. Außerdem hatte die Führung der VR China inzwischen wohl auch zur Kenntnis genommen, daß Taipeh seine ursprüngliche Angriffsstrategie zugunsten eines neuen Kurses geändert hatte, die auf die Formel "70% Politik und 30% Militär" gebracht wurde.

Die "70-30-Politik" sollte, wie Jiang Jieshi betonte, der "psychologischen Kriegsführung" dienen. Schon die Strategien im alten China hätten die Lehre

vertreten, daß "Angriffe auf die Herzen des Feindes an erster Stelle und auf die Festungen des Feindes erst an zweiter Stelle erfolgen" sollten.⁶⁴ Ganz in diesem Sinn ging Jiang fortan von der Erwartung aus, daß das chinesische Volk sich auf die Dauer nicht mit dem Kommunismus arrangieren, sondern früher oder später nach einer Alternative Ausschau halten würde - und zwar in Richtung der "Republik China".

3.2.2.

Die geostrategische Position Taiwans: Überlegungen und Beeinflussungen

Geopolitisch liegt Taiwan in einem Fadenkreuz. Taiwanesische Politiker werden denn auch nicht müde, immer wieder zu betonen, daß diejenige Macht, die die Insel unter Kontrolle hat, in die Lage versetzt wird, lebenswichtige Versorgungsrouten in Asien, insbesondere den Erdölnachschub, zu kontrollieren.

Diese Ansicht wurde spätestens seit 1950 auch von US-Strategen geteilt. Während des Koreakriegs beispielsweise bezeichnete General Douglas McArthur Taiwan als einen "unversenkbaren Flugzeugträger", der über die wichtigsten Seerouten wache, die Südostasien mit dem Nordosten und Japan mit dem Mittleren Osten verbinden.

Washington trug dieser geostrategischen Schlüsselrolle Taiwans schon frühzeitig Rechnung, indem es beispielsweise 1954 mit Taipeh ein Verteidigungsabkommen abschloß, das trotz des grundlegenden Wandels im amerikanisch-volksrepublikanischen Verhältnis immerhin bis zum 31. Dezember 1979 hielt und das gleich anschließend durch den halboffiziellen "Taiwan Relations Act" ersetzt wurde, ein amerikanisches Rahmengesetz, das die USA dazu verpflichtet, Taiwan mit allen zur Erfüllung seiner Verteidigungsaufgaben benötigten Waffen zu versorgen.

Vor allem im Zeichen der militärischen Gefährdung "Formosas" Mitte der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre begann in Taiwan ein intensives Nachdenken über die geostrategische Bedeutung der Insel, die auf der Landkarte zwar ein Zwerg, geopolitisch aber, wie es immer wieder heißt, ein Riese sei.

Angesichts der Vorpostenfunktion Taiwans am Rande der großen "Roten Welt", die aus damaliger Sicht noch von Mitteldeutschland bis Wladiwostok

und bis zur festlandschinesischen Provinz Fujian reichte, war es kein Wunder, daß nirgends auf der Welt über geostrategische Fragen intensiver - und existentieller - nachgedacht wurde als gerade in Taiwan. Einer der Exponenten war General Jiang Weiguo, der jüngere Sohn Jiang Jieshis und langjährige Befehlshaber der Militärakademie in Taipeh. Die meisten seiner Reden und Aufsätze wurden zwar erst in den siebziger Jahren gehalten und publiziert, doch gehörten die Grundgedanken bereits in den fünfziger und sechziger Jahren zu den Kernbestandteilen der Militärstrategie Taipehs.⁶⁵ Jiangs Überlegungen gingen u.a. in den "U.S. Senate Record" ein und wurden damit zu einem wichtigen Element in der amerikanischen Außenpolitik.

Wegen ihrer Bedeutung seien die Grundgedanken Jiangs hier kurz skizziert.

An den Anfang seiner Ausführungen stellt Jiang immer wieder die drei Hauptfehler der "Freien Welt", die darin bestünden, daß erstens die wahren Absichten des kommunistischen Gegners nicht wirklich zur Kenntnis genommen werden, daß es zweitens in China nicht ein "rotes Volk", sondern nur ein "rotes Regime" gebe und daß, drittens, immer noch die Illusion bestehe, die kommunistischen Regime in der Sowjetunion und in China seien in der Lage, ihre Politik wirklich grundlegend zu revidieren und zu reformieren. Beide Regime verfolgten statt dessen nach wie vor das "unbeugsame strategische Ziel, die Welt dem Kommunismus zuzuführen".⁶⁶ Sie bedienten sich dabei zweier Arten von Aggression, nämlich des offenen Angriffs, vor allem aber der Infiltration und Subversion. Angesichts dieser unveränderlichen Grundtatbestände sei es geradezu unverzeihlich, wenn Vertreter der "Freien Welt" immer wieder hofften, daß nach Erreichung eines "Gleichgewichts der Kräfte" die Angriffswut der KP-geführten Regime nachlasse. Einen ähnlichen Fehler hätten sich die USA bereits in der Vorkriegszeit gegenüber dem damals faschistischen Japan zuschulden kommen lassen. Später habe man zur Kenntnis nehmen müssen, daß Japan, kaum war es stark genug geworden, sofort die Gelegenheit beim Schopf ergriffen und als erster zugeschlagen habe. Eine Strategie, die "Verhandlungen anstelle der Konfrontation" anstrebt und sich auf ein trüge-

risches "Kräftegleichgewicht" verläßt, führe lediglich dazu, zusätzliche Aggressionen des Kommunismus herauszufordern. Man vergesse nicht, daß Lenin einmal gesagt hat, daß der "kürzeste Weg von Moskau nach Paris über Peking und Kalkutta führt". Erstes Angriffsziel sei hierbei China, zweites Ziel die koreanische Halbinsel und der indische Subkontinent. Als nächster Dominostein falle dann Europa, gefolgt von Afrika und Lateinamerika, so daß sich die USA am Ende von allen Seiten her eingekreist sähen. Der "Vormarsch des Kommunismus" müsse daher bereits an vorderster Front zum Stillstand gebracht werden, d.h. vor den Toren Taiwans.⁶⁷

Aus der Sicht der frühen neunziger Jahre weiß man inzwischen mehr über die "wahre Natur des Kommunismus", der, wie sich herausgestellt hat, bei weitem nicht so stark und konsequent war, wie es Warnungen dieser Art nahelegen sollten. Zu bedenken freilich wäre, daß Jiangs Ausführungen nur wenige Wochen nach dem Fall Südvietnams, Kambodschas und Laos' gemacht wurden, also in einer Situation, da auch die USA in einer tiefen Krise des Selbstvertrauens steckten und bereit schienen, sich resigniert aus Asien zurückzuziehen.

In dieser Situation mußte in der Tat mit dem Hammer philosophiert und die Situation in krassester Schwarzweißmalerei gezeichnet werden, wenn man auf die unschlüssige amerikanische Öffentlichkeit Einfluß nehmen wollte. Kein Zweifel, daß es damals auch Ausführungen von der Machart Jiangs gewesen sind, die den Amerikanern wieder den Rücken gestärkt haben.

Was nun die strategische Bedeutung Taiwans anbelangt, so wiederholt Jiang immer wieder seine These, daß die Insel Formosa das "Zentralstück jener Vorpostenlinie des Westens" bildet, die von Japan bis Singapur reicht und die zugleich auch eine "early warning-line" abgebe. Die Zugehörigkeit Taiwans zum "Westen" sei lebenswichtig für Nord- und Südostasien, für Australien und für Indochina, nicht zuletzt auch für die gesamte maritime Politik der USA im Pazifik und im Indik. Eine wirkliche Lösung der gegenwärtigen Probleme werde allerdings erst dann erreicht, wenn "Festlandchina" in die "demokratische Welt" zurückkehrte,

und zwar als legitime "Republik China".⁶⁸ Die "Ilha Formosa" könne in diesem Zusammenhang wertvolle Beiträge leisten.

Zur Untermauerung seiner geopolitischen Überlegungen zieht Jiang gern die drei strategischen Haupttheorien heran, die im 19. und 20. Jh. von anglo-amerikanischen Autoren entwickelt wurden, nämlich die "Seapower"-, die "Heartland" und die "Rimland"-Theorien.

- Die vom amerikanischen Admiral Alfred T. Mahan in seinem Buch "The Influence of Seapower upon History 1660-1783" entwickelte "Seemachttheorie" geht davon aus, daß "Seemächte" das Schicksal dieser Welt bestimmen, und daß eine solche "Seapower" vor allem durch drei Fähigkeiten gekennzeichnet sei, nämlich Marinebasen rund um den Erdball zu errichten, eine starke Handelsflotte zu unterhalten und überseeischen Handel zu betreiben.

Nähmen die USA den Verlust Taiwans hin, so begäben sie sich einer wichtigen Basis, zumindest aber eines Faustpfands im Westpazifik. Ihre "Seemacht" würde dadurch erheblich eingeschränkt.

- Die von dem britischen Geographen Halford J. Mackinder in seinem Buch "The Geographical Pivot of History" (1904) entwickelte "Herzland"-Theorie geht davon aus, daß sich die geopolitische "Drehscheibe" (pivot) auf der größten Insel der Welt, nämlich im Zentrum der eurasiatischen Landmasse, befinde. Für Mackinder stand folgendes fest: "Wer über Osteuropa regiert, herrscht über das Herzland, wer das Herzland kontrolliert, dominiert die Weltinsel, und wer die Weltinsel regiert, beherrscht die Welt." Dieses ominöse "Herzland" umfaßt den zentralasiatischen Erdteil zwischen Iran und Xinjiang. Um dieses Herzland legt sich im Süden - und zwar vom östlichen Anatolien bis zur Mandschurei - der sog. innere oder marginale Halbmond ("Inner Crescent", "Marginal Crescent"), dem sich weiter außen der insulare Halbmond ("Outer" oder "Insular Crescent") anschließt - m.a.W. also der Rest der Welt. Anlaß für diese Aussagen war das britisch-zaristische Ringen um Zentralasien im 19. Jh., das aus heutiger Sicht einer psychologisch unendlich weit zurückliegenden Vergangenheit angehört.⁶⁹

Nach Ansicht Jiangs nimmt Taiwan auch im Kontext der "Herzlandtheorie" einen bedeutsamen Stellenwert ein, da es an einer wichtigen Stelle des "Insularen Halbmonds" liege.

- Auch die "Randlagen"(Rimland)-Theorie, die von dem US-Geographen John Spykeman anhand einer Analyse der amerikanischen Japanpolitik vor dem Zweiten Weltkrieg entwickelt wurde, ist nach Meinung Jiangs dazu angetan, die Bedeutung Taiwans ein weiteres Mal zu unterstreichen. Tragischerweise seien die USA vor dem Zweiten Weltkrieg von der Annahme ausgegangen, daß es für sie genüge, sich auf die Verteidigung des eigenen Kontinents zu beschränken, da die potentiellen Gegner in Europa oder Asien ja durch unendliche Wasserwüsten von Amerika getrennt seien. Bei den späteren Auseinandersetzungen mit Japan wäre diese falsche Prämisse beinahe ins Auge gegangen! Inzwischen hätten die USA erkennen müssen, daß ihre Verteidigung bereits an den Randzonen des eurasiatischen Kontinents beginnen müsse. Zu den wichtigsten Bereichen dieses asiatischen "Rimland" aber gehöre Taiwan! In der Tat erfülle die im Westpazifik und Indik operierende 7. US-Flotte heutzutage eine für die Sicherheitsinteressen der USA fundamental wichtige Aufgabe; denn wer die asiatisch-pazifischen Randzonen kontrolliert, besitze einen Schlüssel zur strategischen Kontrolle des Erdballs.⁷⁰

Nicht nur nach den Kriterien der Seapower-, der Heartland- und der Rimland-Theorien, sondern auch noch aus einem anderen Grund sei Taiwan für die USA unentbehrlich: Die Insel bilde nämlich das zentrale Kettenglied der vorgeschobenen Hauptverteidigungslinie der USA. Fünf solche Linien gelte es zu unterscheiden, nämlich (1) den Parameter von der Mandschurei, also den chinesischen Nordostprovinzen über die Äußere Mongolei bis hinüber ins fernwestliche Xinjiang. Theoretisch wäre dies die optimale Verteidigungslinie, da sie am weitesten westlich liegt und zudem noch im chinesisch-sowjetischen Abgrenzungsbereich verläuft; freilich befindet sie sich im chinesischen Hinterland und könne deshalb "derzeit" nicht in Betracht gezogen werden. Die zweite Linie erstreckt sich von Beijing via Lanzhou bis hinunter nach Tibet, verläuft also immer noch auf "feindlichem" Gebiet. Dann aller-

dings folgt die dritte Linie, die sich zum größten Teil vor der Küste Festlandchinas hinzieht und die von Südkorea über Taiwan bis zur indochinesischen Halbinsel hinunterreicht. Viele Jahre hindurch habe diese Strecke als "containment line" gedient, sei allerdings durch den Fall Südvietsams und Kambodschas i.J. 1975 teilweise entwertet worden. Die vierte Linie schließlich reicht von Japan über die Ryukyus bis hin zu den Philippinen und müsse nach Lage der Dinge einstweilen als "Hauptverteidigungslinie" gelten. Wirklich verlässlich freilich sei dieser Parameter nur dann, wenn auch Südkorea und Taiwan miteinbezogen blieben. Schließlich gebe es noch eine fünfte Linie, die "nach" Vietnam (1975) als "fall-back line" festgelegt wurde und die hauptsächlich von den mikronesischen Marianeninseln bis Neuguinea reicht, also zum größten Teil amerikanische Treuhandgebiete überspannt.⁷¹

Auch im Kontext dieser Verteidigungslinien offenbare sich, so Jiang, der eminente strategische Stellenwert Taiwans. Wenn die USA ihre ICD (Island-chain Defence)-Strategie im Westpazifik beibehalten wollten, könnten sie ohne Taiwan unmöglich zurechtkommen. Der beste Weg, den amerikanischen Kontinent zu verteidigen, bestehe m.a.W. darin, Westeuropa sowie Ostasien - und hier vor allem wiederum Taiwan - zu unterstützen. Taiwan liege im Zentrum der ICD-Linie und sei als südlichste Insel Nordostasiens sowie als nördlichste Insel Südostasiens gleichermaßen unentbehrlich.

Zu weiteren Lieblingsformulierungen Jiang Weiguos gehören geopolitisch-historische Parallelen:

- Taiwan beschütze das Tor zum Südchinesischen Meer - dem "asiatischen Mittelmeer";

- Taiwan sei ein Trittstein nach Südostasien - dem "asiatischen Nordafrika" (hier knüpft Jiang offensichtlich an die frühere japanische Trittsteinstrategie an!);

- Taiwan sichere letztlich auch die Malakkastraße - den "asiatischen Suezkanal";

- Taiwan sei das "asiatische Gibraltar", habe heutzutage aber eine strategisch noch weitaus wichtigere Position angenommen als der westliche Eingang zum Mittelmeer.⁷²

Manchmal scheint Jiang behaupten zu wollen, daß die Sicherheit ganz Asiens, wenn nicht gar der USA selbst von der Zugehörigkeit Taiwans zum Westen abhängt: eine These, die zwar nicht dem Strategen, wohl aber dem Politiker Jiang zur Ehre gereicht!

3.3. Die sozialpolitische Wende

3.3.1.

Phasen der sozioökonomischen Entwicklung

Als sollte sich das uralte daoistische Gesetz von der Einheit der Gegensätze auch in der modernen Geschichte Taiwans verifizieren, folgten der "düsteren" Politik Chen Yis schon bald die Lichtseiten, und während die offizielle Geschichtsschreibung über die Vorgänge vom "28. Februar" einen Mantel des Schweigens breitete, konzentrierte sie sich um so stärker auf die Beschreibung des Bodenreformprogramms, das in der Tat ja auch bis heute einzigartig in der Dritten Welt geblieben ist.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die GMD der Jahre 1949 ff. eine andere war als diejenige des unmittelbar vorangegangenen Zeitraums. Personell hatte es zwar keinen Erdbeben gegeben, doch hatten der traumatische Schock der Niederlage im Bürgerkrieg, die Überlebensangst, das schlechte Gewissen über all die sozialen Versäumnisse und nicht zuletzt auch das amerikanische Drängen auf Reformen das ihrige getan, um auch den starrsinnigsten Konservativen zu innerer Einkehr und zur Korrektur ihres pathologisch guten Gewissens zu zwingen. Wenn das alte psychologische Paradigma, daß grundlegende Änderungen nur unter Leidensdruck erfolgen, je eine Bestätigung im politischen Bereich erfahren hat, dann in der GMD der Jahre 1949 ff., als ein unübersehbarer Ruck durch die Reihen der Partei ging.

Von einem systematischen wirtschaftlichen Aufbau der Insel kann erst ab 1949, vor allem aber seit 1950 die Rede sein, als das Ringen auf dem Festland bereits entschieden, der Koreakrieg ausgebrochen und Taiwan unter den Schutz der 7. US-Flotte gestellt worden war. Im Laufe der nachfolgenden Jahre sollte sich die Insel zu einem wirtschaftlich blühenden Musterland entwickeln - doch dies konnte damals, i.J. 1949, noch niemand ahnen.

Von ihrer Wirtschaftsentwicklung her läßt sich die taiwanische Geschichte in vier Abschnitte unterteilen. Die erste Phase (1946-1957) war geprägt durch Bodenreform im landwirtschaftlichen und vor allem durch Importsubstitution im industriellen Bereich, die, bei ständig fortschreitendem Strukturwandel, zwischen 1958 und 1970 (Phase 2) einer Strategie der Exportförderung Platz machte. Zwischen 1971 und 1980 ging Taiwan dann (Phase 3) zur Entwicklung kapital- und technologieintensiver Industrien über, verbesserte sein Ausbildungssystem und betrieb eine systematische Infrastruktur- und Investitionspolitik, wobei der Staat stets ein gestrenges Wort mitredete, sei es nun im Währungs- und Devisenbereich oder im Außenhandel, vor allem gegenüber dem chinesischen Festland.

In den achtziger und frühen neunziger Jahren ging die Hinwendung zu kapitalintensiven und hochtechnologischen Entwicklungen fort, doch machten sich nun immer stärkere Tendenzen zum Kapitalexport und zur Liberalisierung der Wirtschaftspolitik bemerkbar. Eindeutigstes Signal dafür war die weitgehende Freigabe des Wirtschaftsaustausches mit dem Festland. Damit aber war ein neuer Entwicklungsabschnitt eingeleitet - die Phase 4.

Zurück zu den fünfziger Jahren: Vier Imperative standen damals im Vordergrund, nämlich die Sicherung der Ernährungsgrundlage für die Bevölkerung Taiwans, die infolge der Zuwanderung von 1,2 Millionen Festländern gerade sprunghaft angestiegen war, zweitens die Neuorganisation der von den Japanern hinterlassenen industriellen Betriebe, drittens der Schutz der jungen einheimischen Industrie vor übermächtiger auswärtiger Konkurrenz und viertens die Bekämpfung der vom Festland eingeführten Inflation. Alle vier Teilziele sollten sozioökonomische Stabilität bewirken, wie sie gerade im Zeichen des 1950 ausbrechenden Koreakriegs lebenswichtig erschienen.

Auf alle vier Herausforderungen fand die Führung energische und, wie sich später herausstellte, auch höchst brauchbare Antworten, die mit ihren Ergebnissen schnell aus der Talsohle herausführten. Sie lauteten - stichwortartig - Landreform, Gründung öffentlicher Unternehmen, Importsubstitution

und Währungsreform. Diese vier Themen wurden dann auch zu den Leitmotiven der ersten, bis 1957 dauernden Periode taiwanesischer Wirtschaftspolitik.

3.3.2.

Die Landwirtschaft - Prüfstein für ein neues Denken

In den Jahren 1949 ff. gab es wirtschaftlich kaum eine vordringlichere Aufgabe als die Sicherung der Ernährungsbasis. 1,2 Millionen "Esser" (das chinesische Wort für Bevölkerung heißt "Menschenmünder": renkou) waren vom Festland neu hinzugekommen, ohne daß die Aussicht bestand, daß die vorhandene - und allzu knappe - Kulturfläche entsprechend erweitert werden konnte.

Drei Maßnahmen wurden in dieser Situation eingeleitet, die z.T. die gesamte Gesellschaftsstruktur veränderten, z.T. aber auch nur vorübergehender Natur waren - in Stichworten: Bodenreform, Genossenschaftsaufbau und Bevorratungswirtschaft.

3.3.2.1.

Bodenreform: Rückgriff auf das Vermächtnis Sun Yixians

3.3.2.1.1.

Der reformerische Doppelzwang

Aus zwei Gründen ließ sich die theoretisch seit Jahrzehnten vorbereitete Bodenreform auf Taiwan nicht mehr länger hinausschieben.

Da waren einmal Produktivitätszwänge, die mit der vom Festland binnen Jahresfrist zugewanderten Bevölkerung sowie mit der Bodenknappheit zu tun hatten, zum andern aber auch soziale Überlegungen, die mit der "kommunistischen Gefahr" zusammenhingen.

3.3.2.1.1.1.

Die Bodenreform als Folge der Knappheit an Ackerfläche

Nach der japanischen Kapitulation und dem Abzug der Besatzer lebten auf Taiwan rd. fünf Millionen Menschen, deren Zahl sich in den nächsten Jahren freilich rapide vermehrte, nicht zuletzt durch den Zuzug von 1,2 Millionen Festländern, die vor allem im Zeitraum 1948/49 auf die Insel kamen. I.J. 1952, dem Bezugsjahr der modernen Statistik Taiwans, lebten auf Taiwan bereits 8,1 Millionen Menschen, deren Zahl sich nun von Jahr zu Jahr um rd.

300.000 vermehrte, so daß 1958 bereits die 10-Millionen-Grenze (und übrigens 1989 die 20-Millionen-Grenze) durchstoßen wurde.⁷³

Dieser Bevölkerungsexplosion stand andererseits ein höchst begrenztes Bodenpotential gegenüber, dem die Topographie (3/4 des Landes besteht aus Bergen) klare Grenzen gesetzt hat.

Für die Landwirtschaft steht auf der 35.843 qkm großen Hauptinsel Taiwan und ihren 85 Nebeninseln nur eine verhältnismäßig bescheidene Fläche zur Verfügung, nämlich etwa ein Viertel des Territoriums. Topographisch gliedert sich die Insel nach fünf Landschaftsformen: dem Zentralgebirge, den vulkanischen Bergen, dem Vorgebirge, den Hochebenen sowie den Küsten- und Flußebenen. Das Zentralgebirge zieht sich über 330 km von Norden nach Süden und über rd. 80 km von Osten nach Westen hin und bedeckt damit fast die Hälfte der Insel. Nicht wenige Gipfel erreichen Höhen weit über 3.000 m, der Yushan (Jadeberg) sogar 3.952 m.

Vulkanberge gibt es lediglich im Norden Taiwans, und zwar in der Gegend zwischen dem Hafen Jilong und dem Fluß Danshui. Lavamassen türmen sich hier bis zu Höhen von 1.000 m empor. Überall sprudeln heiße Quellen aus dem Boden, deren Schwefelgeruch typisch für die Landschaft nördlich von Taibei ist, und die auch Kristallisationspunkte für Badeanstalten (von manchmal üblem Ruf) sind - man denke an das in den sechziger Jahren berüchtigte Beitou.

Im Zentralgebirge und im Bereich der vulkanischen Berge konnte sich die Landwirtschaft zumeist nur höchst bescheiden entwickeln. Die im zentralen Hochland entstandenen Apfelpflanzungen sind ein Beispiel dafür.

Landwirtschaftlich wenig ergiebig ist auch das Vorgebirge, das sich nach Westen an das Zentralgebirge anschmiegt und Höhenunterschiede zwischen 100 und 1.500 m aufweist, die zumeist in kontinuierlichem Gefälle überwunden werden.

Üppiger kann sich die Landwirtschaft erst im vierten topographischen Bereich, nämlich auf den Hochebenen, entwickeln, die von den Vorgebirgen ausgehen und deren Hauptausdehnungsgebiete sich im Nordwesten der Insel befinden, und zwar zwischen Taoyuan und Xinzhu.

Intensivwirtschaft im eigentlichen Sinn ist erst in den Küsten- und Flußebenen, also am Westsaum der Insel möglich, durch den zahlreiche meist in Ost-West-Richtung ziehende Flüsse mäandern, die ihrerseits von Nord nach Süd durch Bewässerungs- und Entwässerungskanäle vergittert sind. Die weitaus größte und fruchtbarste Fläche erstreckt sich hier zwischen Zhanghua und Gaoxiong - nämlich die Jia'an-Ebene, die nach den Städten Jiayi und Tainan benannt ist und 12% der gesamten Inselfläche einnimmt. Sie war erst während der japanischen Besatzungszeit zu einer geschlossenen Hochleistungsfläche ausgebaut worden.

Da die Erde hier fruchtbar, das Klima subtropisch (Durchschnittstemperatur im Norden 22°, im Süden 24,5°) und der Niederschlag intensiv ist, sind optimale Voraussetzungen für eine Intensivwirtschaft gegeben. Hinzu kommen müssen allerdings hoher Kapitaleinsatz und adäquate Betriebsgrößen.

An beidem fehlte es den Bauern zu Beginn der fünfziger Jahre, da der Löwenanteil des Ackerbodens in der Hand weniger Großgrundbesitzer oder aber des Staats konzentriert war, und der Einzelbauernbetrieb deshalb selten auch zu Wohlstand kommen konnte.

Angesichts der gebirgigen Natur der Inseln konnte, so stand von Anfang an fest, kaum Neuland hinzugewonnen werden. Unter hohem Kapitalaufwand sollte es zwischen 1952 und 1988 zwar noch einmal gelingen, durch Trockenlegung von Wattgebieten und durch Urbarmachung weniger Hochlandregionen (vor allem für den Obstbau) die Gesamtfläche von 876.000 ha (i.J. 1952) auf 895.000 ha (i.J. 1988)⁷⁴ zu vermehren. Damit freilich waren auch die letzten Reserven ausgeschöpft. Als Faustregel konnte man schon vorher davon ausgehen, daß Land, das von den bienenfleißigen taiwanesischen Bauern nicht bereits erschlossen wurde, in der Tat auch nicht erschließbar ist.

Da also Neulanderschließung kaum möglich war, blieb als einziger Ausweg die Intensivierung, die freilich wiederum nicht nur von moderner Landwirtschaftstechnik, sondern in hohem Maße von der Motivation der bäuerlichen Bevölkerung abhängt. Unter diesen Umständen rückten Bodenreform und

genossenschaftliche Organisation des Bauerntums, die die GMD auf dem Festland so lange vor sich hergeschoben hatte, erneut in den Mittelpunkt wirtschaftspolitischer Überlegungen.

3.3.2.1.1.2.

Die Bodenreform als elementares gesellschaftspolitisches Anliegen

Kaum war die Rest-GMD auf die Insel umgesiedelt, begannen auch bereits Diskussionen um die Ausgestaltung Taiwans zur "Musterprovinz" und zu einer Art Blaupause für das unter der Guomindang wiederzvereinigende Gesamtchina.

Der Bodenreformplan war in Sun Yixians "Land dem Pflüger"-Programm in großen Zügen längst ausgearbeitet worden.

Die Guomindang, die ihr Zögern in Reformfragen auf dem Festland hatten teuer bezahlen müssen, beschloß, in Taiwan keine Zeit zu verlieren. Es war vor allem General Chen Cheng, der als Provinzgouverneur von Taiwan, vor allem aber als Vorsitzender des Reformausschusses der GMD die Agrarbodenreform zur Herzenssache machte.⁷⁵

Juristisch war der Bodenreformteppich in Form des "Tudi fa" (Bodengesetzes) längst ausgerollt worden, und zwar bereits am 30. Juni 1930.⁷⁶ Es wurde am 29. April 1946 noch einmal novelliert und bedurfte jetzt "nur" noch der praktischen Umsetzung. Eigenartigerweise hieß das Gesetz nicht "Tudi gaige fa" (Bodenreformgesetz). Hatte man 1930 etwa Angst vor dem Wort "Reform"?⁷⁷ Das Gesetz besteht aus 247 Paragraphen und ist in 5 Teile untergliedert, die die Überschriften "Allgemeine Prinzipien", "Katasterregelungen", "Landnutzung", "Bodensteuer" und "Zwangsverkauf von Boden" tragen. Ferner erging ein "Boden dem Pflüger"-Gesetz.⁷⁸ Beide Regelungen waren Ausgangspunkt für zahlreiche Zusatzbestimmungen, die sich u.a. mit der Einlösung von Schuldverschreibungen, mit dem technischen Prozeß der Grundstücksübertragung, mit Sondermaßnahmen für Witwen, Waisen und der Gründung von Bauernvereinigungen befassen.

Anstöße zur Bodenreform kamen freilich nicht nur von GMD-, sondern auch von amerikanischer Seite. Um die Nationalregierung und ihren antikom-

munistischen Kurs zu unterstützen, hatte Washington bereits 1948 gemeinsam mit der GMD-Regierung die JCRR (Joint Commission for Rural Reconstruction) gegründet, die ihren Sitz zunächst in Nanjing hatte, später nach Taiwan mitübersiedelte und dort praktisch die Stelle eines Landwirtschaftsministeriums einnahm. In den fünfziger und sechziger Jahren bestand die Führung der JCRR aus zwei vom amerikanischen und drei vom chinesischen Präsidenten eingesetzten Mitgliedern. Finanziert wurde die JCRR aus amerikanischen Mitteln.⁷⁹

3.3.2.1.2.

Die drei Stufen der Bodenreform

Nach dem Prinzip "Tu Gutes und sprich darüber" wurde die Bodenreform (tudi gaige) in den nachfolgenden Jahren unzählige Male beschrieben, wobei das Standardwerk von Chen Cheng als Ausgangswerk diente. Im vorliegenden Fall müßte es deshalb genügen, wenn nur eine Skizze des Reformwerks wiedergegeben wird.

Am Vorabend der Bodenreform waren nur 36% der taiwanesischen Bauern Volleigentümer und 25% Teileigentümer des von ihnen bebauten Bodens. Die anderen unterlagen einem Pachtwesen, das z.T. parasitäre Züge trug und das bisweilen bis zu 50% der Erträge abschöpfte. Außerdem mußten die Pachtbauern Dünger und Werkzeuge selber stellen und bisweilen sogar ihre Pachtverträge von Jahr zu Jahr erneuern.

Die neue Regierung suchte mit der Bodenreform drei Fliegen auf einen Streich zu schlagen, nämlich erstens, wie erwähnt, dem so lange vernachlässigten Programm Sun Yixians, das ja von Anfang an auf den Fahnen der GMD gestanden hatte, zum Durchbruch zu verhelfen, zweitens bauerliche Unmut, wie er der GMD auf dem Festland zum Verhängnis geworden war, zu dämpfen, und drittens solide Grundlagen für eine Intensivlandwirtschaft zu legen.

Das Programm wurde in drei Stufen abgewickelt: (1) Pachtzinsermäßigung seit 1949 (sanshiwu mie zu, wörtl.: "Ermäßigung der Pacht auf 37" (Prozent)),⁸⁰ (2) Verkauf von staatseigenem Land seit 1951 (fangling gongyou gengdi, wörtl.: "Überlassung von öffentlichem Ackerland") und (3) "Land dem Pflüger"-Programm seit 1953

(Gengzhe you qi tian, wörtl.: "Der Pflüger (soll) sein (eigenes) Land haben".⁸⁰ Jede dieser drei Stufen wurde von der JCRR entworfen, von der Legislative bewilligt und von der Provinzregierung durchgeführt.

1949 ging es zunächst um die *Landpachtermäßigung*, wobei 37,5% des "Normalertrags" als absolutes Minimum für die Pachtzahlung fixiert wurden. Zu diesem Zweck wurden die Naßreis- und Trockenfelder in 26 Qualitätsstufen eingeteilt. Der Bauer konnte sich von jetzt an reelle Gewinnchancen ausrechnen, da er seine Ablieferungspflicht nun schon längerfristig voraus kalkulieren und damit systematisch auf Mehrerträge hinarbeiten konnte, zumal seine Pachtrechte auch sonst abgesichert waren: Erstens einmal nämlich mußten Pachtverträge jetzt auf mindestens sechs Jahre abgeschlossen werden, zweitens waren die Pachtzinsen nicht mehr, wie bisher, im Voraus zu entrichten, drittens wurden die Vereinbarungen unzweideutig in schriftlichen Verträgen niedergelegt, und viertens mußten diese Verträge zusätzlich bei den zuständigen Registrierungsstellen registriert werden.

Zum ersten Mal befand sich der taiwanesischer Bauer damit in einer juristisch wohl abgesicherten Position und konnte in aller Ruhe auf Gewinne hinarbeiten - ein ungeheurer Leistungsanreiz, der sich schon bald in immer neuen Rekordergebnissen niederschlug.

Die zweite Stufe begann 1951 mit dem *Verkauf staatseigenen Landes*, das aus der japanischen Erbschaft übernommen worden war, und auf dem ohnehin bereits ein Teil der Bauernbevölkerung als Pächter arbeitete. Die staatseigene Fläche umfaßte zu Beginn der fünfziger Jahre rd. 180.000 ha oder 20% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Diese Staatsländereien wurden zwischen 1951 und 1958 in fünf Schüben an die Bauern veräußert, wobei Pflüger, die diesen Boden bisher bereits gepachtet hatten, mit einem Vorkaufsrecht bedacht wurden. Der Kaufpreis sollte in Halbjahresraten abgetragen werden, und zwar über eine Zeitspanne von 10 Jahren. Da Zinsen nicht verlangt wurden, lag die finanzielle Last der "Pächter-Käufer" von öffentlichem Boden am Ende nicht höher als der von Pächtern privaten Bodens zu entrichtende 37,5%-Pachtzins.

18 a) Die Landwirtschaftsentwicklung nach Produktionsindizes

Period	Index (Base: 1952 = 100)					Index (Base: 1986 = 100)				
	General Index	Agriculture	Forestry	Fisheries	Livestock	General Index	Agriculture	Forestry	Fisheries	Livestock
1952	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	25.1	51.8	75.6	9.5	9.2
1953	115.4	114.5	98.7	109.1	125.3	28.9	59.4	74.6	10.4	11.5
1954	115.4	110.8	102.9	126.7	129.8	28.9	57.4	77.9	12.1	12.0
1955	118.7	110.2	104.2	149.1	134.7	29.7	57.2	78.8	14.2	12.4
1956	124.9	116.9	110.3	160.2	142.7	31.3	60.6	83.4	15.3	13.1
1957	134.9	124.0	121.4	173.8	160.6	33.8	64.3	91.9	16.6	14.8
1958	144.7	131.2	134.1	182.6	180.6	36.2	68.0	101.4	17.4	16.6
1959	147.1	131.1	164.2	193.7	179.0	36.8	68.0	124.2	18.4	16.5
1960	148.0	133.0	169.4	203.2	172.6	37.1	68.9	128.1	19.3	15.9
1961	158.8	141.5	197.8	229.2	189.8	39.8	73.4	149.6	21.8	17.5
1962	163.7	144.2	203.2	233.7	202.0	41.0	74.7	153.7	22.3	18.6
1963	166.6	143.1	203.1	249.1	203.4	41.7	74.2	153.6	23.7	18.7
1964	182.4	160.1	248.8	270.8	217.9	45.7	83.0	188.2	25.8	20.1
1965	194.5	170.7	255.1	276.5	234.1	48.7	88.5	192.9	26.3	21.6
1966	201.6	174.8	233.4	312.4	259.1	50.5	90.6	176.5	29.7	23.9
1967	215.8	183.2	250.5	341.7	293.6	54.1	95.0	189.4	32.5	27.0
1968	232.4	190.6	277.5	409.0	313.9	58.2	98.8	209.9	38.9	28.9
1969	229.7	182.4	234.1	437.0	337.0	57.5	94.6	177.1	41.6	31.0
1970	245.5	190.5	247.8	475.2	370.1	61.5	98.8	187.4	45.2	34.1
1971	252.3	191.4	257.3	510.1	380.2	63.2	99.2	194.6	48.6	35.0
1972	263.9	192.7	251.8	548.2	417.6	66.1	99.9	190.4	52.2	38.5
1973	282.4	195.2	242.4	617.1	487.1	70.8	101.2	183.4	58.8	44.9
1974	281.4	206.2	212.4	588.9	452.6	70.5	106.9	160.6	56.1	41.7
1975	277.5	200.1	192.9	645.7	427.9	69.5	103.7	145.9	61.5	39.4
1976	312.7	212.8	202.2	696.3	542.1	78.3	110.3	152.9	66.3	49.9
1977	329.9	217.1	157.8	751.7	609.3	82.6	112.6	119.4	71.6	56.1
1978	330.9	207.0	160.8	793.8	640.3	82.9	107.3	121.6	75.6	59.0
1979	357.0	214.7	151.6	874.9	724.0	89.4	111.3	114.7	83.3	66.7
1980	360.8	210.1	136.4	887.9	766.8	90.4	108.9	103.2	84.5	70.6
1981	356.0	205.0	141.8	853.6	781.0	89.2	106.3	107.2	81.3	71.9
1982	362.3	206.8	129.7	871.1	811.3	90.8	107.2	98.1	82.9	74.7
1983	376.9	200.6	153.4	895.9	929.4	94.4	104.0	116.0	85.3	85.6
1984	388.7	201.9	132.6	950.0	983.4	97.4	104.7	100.3	90.4	90.6
1985	400.5	203.5	119.3	990.8	1,050.5	100.3	105.5	90.3	94.3	96.8
1986	399.2	192.9	132.2	1,050.4	1,085.8	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
1987	432.3	200.9	122.6	1,204.8	1,183.7	108.3	104.2	92.7	114.7	109.0
1988	437.7	203.7	79.5	1,241.3	1,193.8	109.6	105.6	60.1	118.2	110.0

18 b) Die Landwirtschaftsentwicklung nach jährlichen Zuwachsraten (in%)

Period	General Index	Agriculture	Forestry	Fisheries	Livestock
1953	15.44	14.54	- 1.31	9.05	25.33
1954	- 0.03	- 3.30	4.31	16.11	3.53
1955	2.87	- 0.46	1.23	17.69	3.89
1956	5.22	6.02	5.80	7.44	5.85
1957	7.93	6.06	10.14	8.51	12.52
1958	7.29	5.79	10.39	5.03	12.50
1959	1.67	- 0.01	22.46	6.11	- 0.85
1960	0.63	1.40	3.17	4.86	- 3.61
1961	7.28	6.43	16.78	12.87	9.96
1962	3.12	1.86	2.72	1.94	6.41
1963	1.75	- 0.74	- 0.04	6.54	0.69
1964	9.52	11.88	22.51	8.74	7.16
1965	6.60	6.62	2.53	2.11	7.41
1966	3.63	2.43	- 8.50	13.00	10.67
1967	7.10	4.81	7.31	9.39	13.34
1968	7.67	4.04	10.80	19.70	6.93
1969	- 1.19	- 4.33	- 15.64	6.81	7.35
1970	6.90	4.45	5.86	8.76	9.81
1971	2.75	0.44	3.81	7.34	2.74
1972	4.63	0.67	- 2.13	7.47	9.83
1973	7.02	1.31	- 3.71	12.56	16.64
1974	- 0.36	5.65	- 12.41	- 4.58	- 7.09
1975	- 1.38	- 2.98	- 9.14	9.66	- 5.46
1976	12.68	6.36	4.78	7.83	26.71
1977	5.50	2.03	- 21.95	7.95	12.39
1978	0.30	- 4.68	1.90	5.60	5.09
1979	7.89	3.74	- 5.70	10.22	13.07
1980	1.07	- 2.15	- 10.01	1.48	5.92
1981	- 1.35	- 2.44	3.89	- 3.88	1.85
1982	1.78	0.87	- 8.47	2.05	3.88
1983	4.04	- 2.99	18.21	2.85	14.57
1984	3.11	0.67	- 13.57	6.03	5.81
1985	3.05	0.76	- 9.97	4.29	6.82
1986	- 0.33	- 5.19	10.80	6.02	3.36
1987	8.29	4.16	- 7.27	14.70	9.02
1988	1.24	1.37	- 35.18	3.02	0.85
Average 1953-62	5.03	3.73	7.35	8.91	7.29
1963-72	4.89	2.95	2.16	8.88	7.55
1973-82	3.23	0.71	- 6.42	4.73	6.85
1983-88	3.20	- 0.25	- 7.84	6.09	6.66

Bis Ende 1961 wurden auf diese Weise 96.000 ha Staatsland an 156.000 Pächterfamilien verkauft. Der gesamte dafür aufzubringende Kaufpreis betrug 330.000 t Reis und 828.000 t Süßkartoffel, die wiederum zum größten Teil als Hilfsreserve für die weitere Durchführung des Bodenreformprogramms verwendet wurden.

1953 begannen dann - mit der dritten Stufe - die härtesten chirurgischen Eingriffe; galt es doch nun, den privaten Grundbesitzern allen Boden abzunehmen, der 3 ha pro Kopf überschritt, und ihn sodann an die Pflüger zu übereignen. Hier entwickelte die Regierung - und zwar in Form des unter dem Titel "Land dem Pflüger"-Gesetz (Gengzhe you qi tian) erlassenen Aufkaufprogramms eine Zahlungsmethode, die ebenso genial wie zukunftsweisend war: Sie entschädigte nämlich die bisherigen Eigentümer zu 70% mit Reis sowie Süßkartoffelgutschriften und zu 30% mit Aktien der Staatsindustrie und sparte damit nicht nur Kaufgeld, sondern pumpte gleichzeitig Investitionsgelder in die damals noch junge Industrie, vor allem in vier Staatsgesellschaften, nämlich in die Kombinate für Land- und Forstwirtschaft, für Industrie und Bergwerkswesen, für Zement sowie für Papier und Pulpe.

Die Reis- und Süßkartoffelgutschriften konnten von den ehemaligen Eigentümern bei den Käufern in bestimmten Zeiträumen entweder in Naturalien oder aber in Bargeld eingelöst werden.

Das "Land dem Pflüger"-Programm begann im Februar 1953 und endete nicht einmal ein Jahr später, im Januar 1954. In seinem Verlauf wurden 139.000 ha (oder 55% des gesamten privaten Pachtlandes) von der Regierung aufgekauft und an 194.823 bisherige Pachtbauern weiterveräußert. Jeder Pachtbauer hatte damit im Durchschnitt 0,7 ha Land erstanden. Die Zahl der Pachtbauern, die von dieser Umverteilung profitierten, machte ungefähr 50% aller bisherigen Pacht- und Teilpachtfamilien aus. Insgesamt hatten sie für den Bodenerwerb 1.272.000 t Reis und 434.000 t Süßkartoffeln zu "zahlen", und zwar von 1953 an. Bereits Ende 1962 hatten die bisherigen Pächter in 20 Ratenzahlungen den gesamten "Kaufpreis" voll beglichen.

3.3.2.1.3.

Ergebnisse der Bodenreform - Höhenflug der Landwirtschaft und soziale Symmetrie

Wenn die Bodenreform auf Taiwan mit solchem Elan durchgeführt wurde, so hing dies nicht nur mit dem "Leidensdruck" zusammen, der die GMD nachdenklich und reformerisch hatte werden lassen, sondern auch mit der schlichten Tatsache, daß es auf Taiwan nirgends Verwandte oder "Seilschaftsangehörige" gab, auf die man hätte Rücksicht nehmen müssen. Insofern war die taiwanesishe Landwirtschaft zu Beginn der fünfziger Jahre in der Tat ein großes weißes Blatt, auf das man die schönsten Schriftzeichen pinseln konnte.

Die Ergebnisse der Bodenreform konnten sich sehen lassen:

Da war einmal der soziale Effekt: Die Zahl der Bauernfamilien, die ihren eigenen Acker bearbeiteten, war von 61% auf 86% angestiegen, während der Anteil der Pachtbauernfamilien umgekehrt von 39% auf 14% gefallen war. Nur 10% des Ackerbodens wurde jetzt noch von Pächtern oder Teilpächtern, dagegen 90% von Eigentümern bebaut.

Damit war eine seit 300 Jahren existierende ungerechte Pachtordnung beendet, Arbeitsmoral beträchtlich angefaßt und die Neigung zu "marxistischen" Lösungen à la VR China weitgehend neutralisiert worden.

Die Steigerungsraten, die sich beim Ackerbau ergaben, waren enorm. Setzt man, wie es beispielsweise im Taiwan Statistical Data Book von 1989⁸¹ geschieht, das Jahr 1952 mit dem Produktionsindex 100 an, so lag die Zahl 1955 bei 47,3, 1957 bereits bei 118,7, 1970 bei 245,5 und 1980 bei 300,8. Schon von 1953 an konnten größere Mengen exportiert werden, so z.B. 1957 263.000 t.

Die Entwicklung führte auch zu einem raschen Anstieg des Bauerneinkommens, der sich wiederum in einem höheren Konsumniveau niederschlug.

3.3.2.2.

Die Gründung von bäuerlichen Genossenschaften

Gleichzeitig mit dem Beginn der Bodenreform entstanden auch die ersten Bauernverbände, die den Landwirten

Dienstleistungen erbringen und gleichzeitig der Tatsache Rechnung tragen sollten, daß die Betriebsgrößen zu Beginn der fünfziger Jahre im Landesdurchschnitt bei lediglich 1,1 ha lagen. Nur genossenschaftliche Zusammenschlüsse schienen hier einen Ausweg zu bieten.⁸²

Nach rd. zwei Jahren des Experimentierens wurden die mittlerweile gesammelten Erfahrungen in ein Gesetzeswerk eingebracht, das am 20. August 1952 erging und, wie es im Titel hieß, der "Verbesserung der Bauernvereinigungen auf den verschiedenen Ebenen in Taiwan"⁸³ dienen sollte. In neun Kapiteln (Allgemeines, Aufgaben, Organisation, Mitgliedschaft, Arbeitsstab, Versammlungen, Fonds, Aufsicht und Zusatzbestimmungen) ergingen Einzelregelungen, wie sie bis dahin nur vereinzelt, aber nicht generell in ganz Taiwan praktiziert wurden. Bauernvereinigungen sollten, wie es in @ 11 hieß, hauptsächlich auf Dorf-, Kreis- und Provinzebene organisiert werden. Dorfvereinigungen seien - stets nach dem Grundsatz der Freiwilligkeit - durch Zusammenfassung der Haushaltsbetriebe zu bilden, wobei die so entstehenden Genossenschaften nach Möglichkeit den Namen ihres eigenen Dorfs - oder ihres städtischen Vororts - annehmen sollen.

Aufgabe der Vereinigungen sollte es gem. § 6 sein, den Mitgliedern mit Rat und Tat bei der Feldarbeit, beim Abrechnungswesen, bei der Vermarktung oder bei der Kreditvermittlung zur Seite zu stehen, notfalls auch Rechtsbeistand zu leisten, Hilfe in Notzeiten zu gewähren und für die Bereitstellung von gesundheitlichen, erzieherischen und sonstigen Einrichtungen der Daseinsvorsorge zu sorgen. Gesellschaftspolitisch sollten die Bauernvereinigungen eine Demokratisierung der taiwanesischen Bauernschaft von unten her in die Wege leiten und damit nicht nur die Leistungsmotivation der Dorfbewohner erhöhen, sondern zugleich auch "dem" Kommunismus das Wasser abgraben.

Der Startschuß erfolgte am 11. Juni 1947 mit Gründung der "Genossenschaft des Zhongshan-Bezirks in Taipei-Stadt" (Taibei shi Zhongshanqu hezuoshe), dem Hunderte von weiteren ähnlichen Gründungen in Stadt und Land folgten.⁸⁴ Wenige Monate später entstand der gesamt taiwanesi-

sche Dachverband (Taiwan sheng hezuoshe lianheshe) (28.6.1947) und der Dachverband für Taipei-Stadt (Taibei-shi hezuoshe lianheshe) (25.1.1947).

Unterschieden wurde zwischen Allgemeinen Genossenschaften (jianying yewu hezuoshe)⁸⁵ und Spezialgenossenschaften (zhuanying yewu hezuoshe), die ihrerseits wiederum nach 10 Kategorien unterteilt sind, nämlich "Produktions"-(shengchan), "Absatz"-(yunxiao), "Liefer"-(gonggei), "Versicherungs"-(baoxian), "Konsum"-(xiaofei), "Gebrauchs"-(gongyong), "Nutzungs"-(liyong), "Arbeits"-(laodong) und "Transport"-(yunshu) Genossenschaften (hezuoshe).⁸⁶

Daneben entstanden Hunderte von "genossenschaftlichen Gütern" (hezuo nongchang).⁸⁷

3.3.2.3.

Lebensmittelbevorratung

Um die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sicherzustellen, richtete die Regierung bereits Ende 1945 das "Taiwanische Nahrungsmittelamt" ein, dessen Aufgabe es war, die vorhandenen Lebensmittel gerecht an die einzelnen Bevölkerungsgruppen (z.B. an die Militärs, die Beamten, die Veteranen, die Lehrer usw.) zu verteilen und gleichzeitig Vorräte anzulegen, mit deren Hilfe die Regierung auf dem Markt intervenieren, also Spekulationen entgegenzutreten und damit den Reispreis stabil halten konnte.

Erleichtert wurde diese Bevorratungspolitik durch die Befugnis des Amtes, Reis gegen Düngemittel einzutauschen, also materielle Anreize zu gewähren statt bloßen Zwang auszuüben. Dieser Appell an die wirtschaftliche Vernunft der Bauern sollte sich schon bald als höchst wirksam erweisen; stammten doch bereits in den fünfziger Jahren nicht weniger als 70% der vom Nahrungsmittelamt angelegten Vorräte aus "Reis gegen Düngemittel"-Tauschgeschäften, während nur noch 30% mit obrigkeitlichen Mitteln (Bodensteuer in Form von Reis) eingebracht werden mußten.⁸⁸

Mit Hilfe dieser Bevorratungsmethoden konnte nicht nur der Nahrungsbedarf einer schnell steigenden Bevölkerung, sondern auch ein rasch wachsender - und gewinnbringender - Reixportbedarf sichergestellt werden - ein Erfolg, der in der damaligen Umbruchzeit ganz gewiß nicht selbstverständlich war!

Überdies bewährte sich das "Nahrungsmittelamt" als Vorkämpfer gegen die traditionelle Reishortungs- und Spekulationspraxis. Noch Jahre später erhielten Beamte, Soldaten, Lehrer und andere Staatsbedienstete einen Teil ihres Gehalts nicht in Geld, sondern in Deputaten ausbezahlt, also z.B. in Reis, Öl oder Brennstoffen. Riesige Mengen von Naturalien gingen also durch die Hand des Staates und gaben diesem damit die Möglichkeit, preisregulierend zu wirken.

3.3.2.4.

"Entwicklung der Industrie mit Hilfe der Landwirtschaft"

In den ersten Jahren ihrer Entwicklung wuchs die taiwanische Wirtschaft hauptsächlich auf dem Reis- und Zuckerkorn, d.h. Reis und Zucker dienten als Hauptmittel für die Finanzierung des industriellen Aufbaus sowie für die Erzielung von Exporterlösen. Zwischen 1952 und 1957 beispielsweise wurden mit Reixexporten jeweils 14% der gesamten Deviseneinnahmen erzielt.

Als noch ergiebiger erwiesen sich die Zuckerausfuhren. Im gleichen Zeitraum erbrachten sie nämlich im Durchschnitt zwischen 50 und 60% der Exportdevisen. Zucker wurde auf diese Weise zur Hauptquelle für die Finanzierung des Industrieausbaus.⁸⁹ Dies war um so bedeutsamer, als Taibei sich ja inzwischen für einen Entwicklungsweg entschlossen hatte, der bei der Landwirtschaft beginnen und zur schnellen Industrialisierung führen sollte. Die Richtlinie lautete: "Förderung der Industrie mit Hilfe der Landwirtschaft und (abermalige) Entwicklung der Landwirtschaft mit Hilfe der Industrie" (yi nongye peiyang gongye, yi gongye fachan nongye).⁹⁰

3.3.3.

Industriepolitik

Drei Maßnahmen waren es vor allem, die der Industriepolitik Taiwans in den Jahren zwischen 1946 und 1957 den Stempel aufprägten, nämlich die Neuorganisation des von den Japanern übernommenen industriellen Erbes, die Durchführung einer Politik der Importsubstitution und die globalwirtschaftliche Kanalisierung durch Vierjahrespläne.

3.3.3.1.

Unternehmensreorganisation und die Entstehung staateigener Kombinate

Nicht weniger als 80% des gesamten Industrievermögens hatten am Ende der Kolonialzeit Japanern gehört, d.h.

der öffentlichen Hand, den Zaibatsus oder aber Klein- und Mittelunternehmen, während sich die Taiwanesen mit nur etwa 20% hatten zufriedengeben müssen.

Als die neue GMD-Provinzregierung Bilanz zog, kam sie auf 593 Einrichtungen öffentlicher Körperschaften (angefangen von Schulen und Universitäten über Krankenhäuser bis hin zum Post- und Eisenbahnwesen) und auf 775 kommerzielle Betriebe, die z.T. ebenfalls der öffentlichen Hand, größtenteils aber Privatunternehmern gehörten. Aus dieser Konkursmasse verkaufte die Regierung innerhalb weniger Monate 376 Betriebe an private Interessenten. Der große Rest, nämlich 399 Unternehmen, blieben dagegen in öffentlicher Hand und wurden zu 22 Kombinate zusammengelegt, die z.T. direkt der Nationalregierung (guoying) zugeordnet, z.T. der Provinzregierung (shengying) unterstellt, z.T. aber auch - und zwar nach Ablauf bestimmter Fristen - parzelliert und an die Bauern verkauft wurden.⁹¹ Dies war die Geburtsstunde der für Taiwans Wirtschaft so typischen "öffentlichen Unternehmen" (gongying qiye). (Tabelle 18)

Zu besonderer Prominenz brachten es in diesem Zusammenhang vor allem vier Großunternehmen, nämlich die "Taiwan Power Co." (Taiwan dianli gongsi), die "Taiwan Fertilizer Corp." (Taiwan feiliao gongsi), die "Taiwan Sugar Corp." (Taiwan tangye gongsi) und die "China Petroleum Corp." (Zhongguo shiyou gongsi), die fortan sowohl die Produktion als auch die Verteilung von Strom, chemischen Düngemitteln, Zucker und Erdöl an sich zogen, also typische Monopolunternehmen waren. Keine Monopolrechte besaßen dagegen die anderen 18 Kombinate. Sie blieben, wie es in damaligen Vermutungen hieß, der öffentlichen Hand nur deshalb vorbehalten, weil erstens nicht genügend Privatkapital für den Erwerb dieser Betriebe vorhanden sei, weil die Betriebe der öffentlichen Hand zweitens nützliches Interventionspotential bildeten, und weil es drittens galt, Vermögens- und Kapitalkonzentrationen in den Händen weniger potentieller Spekulanten zu verhindern. Die sinokommunistische Propaganda freilich wollte hinter dem Ausbau der öffentlichen Unternehmen vor allem Machenschaften des "bürokratischen Kapitalismus" se-

19. Die neuformierten öffentlichen Unternehmen

	Die vor der Reorganisation von Japanern betriebenen Unternehmen	reorganisierte in	Öffentliche Unternehmen
Industrie Unternehmen	Taiwan Power	Taiwan Power Co.	Von der National-Regierung bewirtschaftete Unternehmen
	3 Düngemittel-Betriebe	vereinigt zur Taiwan Fertilizer Co.	
	4 Zuckerraffinerien	vereinigt zur Taiwan Sugar Corp.	
	6 Unternehmen der Energie-Branche	vereinigt zur China Petroleum Co.	
	Japan Aluminium	Taiwan Power Co.	
	3 Unternehmen	vereinigt zur Taiwan Machinery Manufacturing Corp.	
	2 Unternehmen	vereinigt zur Taiwan Shipbuilding Corp.	
	4 Unternehmen	vereinigt zur Taiwan Alkali Co.	
Industrie Unternehmen	3 Unternehmen	vereinigt zur Taiwan Salt Corp.	Diese vier von der Provinzial-Regierung bewirtschafteten Unternehmen wurden 1953 im Rahmen der Landreform den Landesitzern als ein Teil des Ausgleichs übergeben.
	2 Unternehmen	vereinigt zur Taiwan Camphor Corp.	
	4 Unternehmen	vereinigt zur Taiwan Cement Co.	
	6 Betriebe	vereinigt zur Taiwan Paper & Pulp Co.	
	45 Forst-Betriebe	vereinigt zur Taiwan Agricultural & Forestry Corp.	
Geldinstitutionen	163 Bergbau-Betriebe	vereinigt zur Taiwan Industrial & Mining Corp.	Von der Provinz bewirtschaftete Unternehmen
	3 Bank of Taiwan	vereinigt zur Bank of Taiwan	
	Japan Kangyo	Land Bank of Taiwan	
	Taiwan Shioiko	The First Commercial Bank	
	Kanan Bank	Hua-Nan Commercial Bank	
	Shioka Bank	The Commercial Bank of Chang-Hua	
	Sangyo Bank	Cooperative Bank of Taiwan	
	15 Versicherungsgesellschaften	vereinigt zur Taiwan Life Insurance Co.	
	14 Betriebe	vereinigt zur Taiwan Fire & Marine Insurance Co.	
	4 Unternehmen	vereinigt zur Taiwan Savings Corp.	

Quelle: Sai a.a.O., S.124

hen und stellte finstere Vermutungen über die Abschöpfungspraxis einflussreicher politischer Kreise an.⁹² Man vergesse jedoch nicht, daß die Errichtung eines staatlichen Wirtschaftssektors (öffentliche Unternehmen, Planung) neben der Abschaffung des Großgrundbesitzes (unter der Parole "Der Boden dem Pflüger") eine der Kernvorstellungen Sun Yixians gewesen war. Die staatliche Hand sollte monopolistische Entwicklungen bremsen und überhaupt jedem Laissez faire, d.h. jedem "Luan" (Chaos) einen Riegel vorschieben.

3.3.3.2.

Vorrang der Leichtindustrie und Importsubstitution

Was die Industriepolitik im engeren Sinne anbelangte, so stand die Regierung zu Beginn der fünfziger Jahre vor einer Doppelentscheidung, die sich mit den Stichworten "Priorität der Schwer- oder Leichtindustrie?" und "Außenhandels- oder Binnenwirtschaftsorientierung?" pointieren ließ.

Während sich die VR China bei ihrem Ersten Fünfjahresplan (1953/57) in buchstabentreuer Befolgung des stali-

nistischen Modells für "Schwerindustrie plus (langfristige) Binnenmarktentwicklung" entschied, gab Taiwan der Leichtindustrie den Vorzug, optierte andererseits allerdings - ganz im Gegensatz zur exportorientierten Wirtschaftsweise der vorangegangenen Kolonialzeit - ebenfalls für die Binnenmarktorientierung, die allerdings nur kurze Zeit andauern sollte. Auf eine Kurzformel gebracht, lautete die Option Taibeis also "Leichtindustrie plus (vorübergehende) Binnenmarktorientierung".

Prioritäre Entwicklung einer bodenständigen Leichtindustrie bei gleichzeitiger Beschneidung der Einfuhr leichtindustrieller Güter war also der Kern der Importsubstitutionspolitik, die am Anfang der taiwanesischen Wirtschaftsentwicklung stand. Ziel der Importkontrollen sollte es sein, der jungen Industrie Taiwans eine Atempause zu verschaffen und sie vor der erdrückenden Konkurrenz vor allem amerikanischer Fertigprodukte zu schützen. Eine Reihe von Waren, hauptsächlich Luxusgüter, durften zu dieser Zeit überhaupt nicht eingeführt werden, andere wurden unter Kontrolle gestellt

und wieder andere mit hohen Zöllen belegt. Außerdem betrieb die "Bank of Taiwan" eine strikte Devisenbewirtschaftung, die flankiert wurde durch ein multiples Wechselkurssystem, das niedrige Wechselkurse für Exportgüter öffentlicher Unternehmen und hohe Wechselkurse für die Einfuhr von Konsumgütern vorsah. Zwischen diesen beiden Eckwerten entfaltete sich ein nach protektionistischen Kriterien abgestufter Fächer von Wechselkurstarifen.⁹³

Hinter diesem so raffiniert vergitterten Schutzzaun konnte sich die junge Industrie Taiwans rasch entfalten: Am schnellsten ging es auf dem Textilsektor voran, wo das "Made in Taiwan" schon bald jedem Importprodukt Paroli bieten konnte. Konkurrenzfähig wurden aber auch andere alltägliche Konsumgüter wie Zahnpasta, Seife, Fahrräder und Glühbirnen. Auf dem Leichtindustriesektor auch entstand die erste Nachkriegsgeneration einheimischer Facharbeiter.

Der Protektionismus brachte freilich nicht nur Vorteile, sondern kam die einheimische Volkswirtschaft teuer zu stehen, da die Preise für importsubstituierte Güter naturgemäß wesentlich höher lagen als für Importwaren. Als Folge kam es zwischen 1952 und 1957 zu einem jährlichen Waren- und Dienstleistungsbilanzdefizit von rd. 70 Mio. US\$ - eine Scharte, die freilich durch die seit 1950 einsetzenden amerikanischen Hilfeleistungen weitgehend ausgewetzt wurde.

Da der taiwanesischer Binnenmarkt Mitte der fünfziger Jahre mit nur ca. 10 Millionen Verbrauchern recht eng war, trat schon 1957 eine Sättigung mit Konsumgütern ein, so daß die Regierung nun vor eine der schwierigsten Entscheidungen gestellt war, der sich ein Entwicklungsland ausgesetzt sehen kann, nämlich der Frage, ob die Umschaltung von der Importsubstitutions- auf die Exportorientierungspolitik gewagt werden solle. Taibei entschied sich damals für die kühnere Option. Daß die Inselwirtschaft die daraufhin folgende folgende kritische Phase so wohl überstehen würde, konnte zu diesem Zeitpunkt noch niemand ahnen, zumal die Außenwirtschaft an einer empfindlichen Stelle getroffen worden war. Allzu schnell ist in Vergessenheit geraten, daß Taiwan sich zwischen

1945 und 1949 grundlegend umorientiert hatte: nicht mehr nach Japan, sondern nach China gingen nunmehr die taiwanesischen Exporte, vor allem Reis, Zucker, Konserven, Zement, Aluminium, Papier und Soda, während im Gegenzug Konsumgüter - vor allem aus Shanghai - eingeführt wurden, die früher ausschließlich aus Japan bezogen worden waren.

Freilich währte diese Umorientierung nur kurze Zeit und fand mit der Besetzung des Festlands durch die VBA bereits 1949 wieder ein jähes Ende, so daß Taiwan genötigt war, sich erneut nach Japan hin auszurichten: ein schwieriges - und ganz gewiß auch demütigendes - Unterfangen!

3.3.3.3.

Wirtschaftsplanung

Für den hoheitlichen Interventionismus der frühen Jahre ist es typisch, daß man nicht ohne Staatspläne auskommen zu können glaubte. Freie Marktwirtschaft würde bestenfalls zu einem kreativen Chaos führen - aber wer in China liebt schon "Luan" (Durcheinander)!? Im Januar 1953 kündigte der Exekutiv Yuan daher ein Zeitalter der Planung an. Es mochte vielleicht ein Zufall gewesen sein, daß die Praxis der Vierjahrespläne im gleichen Jahr anlief wie auf dem Festland der Erste Fünfjahresplan. Gewiß kein Zufall war es jedoch, daß die Vierjahrespläne jedesmal locker übererfüllt wurden, während die Fünfjahrespläne chronisch hinter den gesteckten Zielen zurückzubleiben pflegten. Die Erklärung dafür liegt auf der Hand: Ganz im Gegensatz zu ihren festländischen Kollegen waren die taiwanesischen Planer ex ante frei von (ideologisch bedingtem) Wunschdenken und ließen außerdem ex post flexible Nachkorrekturen zu.

Näheres über Pläne und Planverwirklichungsmodalitäten ist in späteren Abschnitten auszuführen.

3.3.4.

Stabilitäts- und Währungspolitik sowie die Unterstützung von Seiten der USA

3.3.4.1.

Inflation

Als die Japaner 1945 die Insel verließen, hatte Taiwan noch ein wohlfunktionierendes und trotz aller Kriegsfolgen verhältnismäßig gesundes Wäh-

rungssystem. Dies sollte sich mit der Angliederung an das Festland grundlegend verändern. In den vier Jahren zwischen Oktober 1945 und Mai 1949 (d.i. der Zeitpunkt der Währungsreform) entwickelte sich eine Hyperinflation, in deren Verlauf auch den wohlhabendsten Taiwanesen das Geld buchstäblich zwischen den Fingern zerrann: Die umlaufende Geldmenge vermehrte sich in diesem Zeitraum um das 756fache und die Großhandelspreisindizes sogar um das 1150fache.

Gründe dafür gab es in Fülle: Da war erstens die Finanzierung der Militärausgaben für den zu dieser Zeit auf dem Festland tobenden Bürgerkrieg. Die "Bank von Taiwan", die bereits im Mai 1946 zur Zentralbank in Taiwan geworden war und die damals - auf Anordnung der Zentralregierung - den japanischen Yen durch "Taiwan-Dollar" ersetzt hatte, erhielt kurze Zeit später aus Nanjing die Anweisung, mehr Geld nachzudrucken und in Umlauf zu bringen, um auf diese Weise zum "deficit-spending" für das Militär beizutragen. Gleichzeitig floß beträchtliches Fluchtkapital in ebenfalls "weiche" Festlandswährung nach Taiwan und blähte die dort ohnehin überreiche Geldmenge noch weiter auf. Nicht zuletzt aber setzte die Nationalregierung im August 1948 weitere riesige Bargeldmengen durch Zwangsankäufe von Gold, Silber und Devisen frei.⁹⁴

Diese Politik läßt sich nur noch mit zynischen Ausverkaufsüberlegungen erklären. Rückblickend beurteilte die kommunistische Propaganda die damaligen Maßnahmen folgendermaßen: "Am Vorabend des Zusammenbruchs des Guomindang-Regimes wurden 1949 in letzter Minute in einer Orgie von Räuberei sog. 'Silber Yuan' ausgegeben. Zwischen Juni 1937 und Mai 1949 war die Menge der vom reaktionären GMD-Regime verteilten Banknoten um das 176.800 Mio.fache angewachsen. Die Preise in Shanghai vervielfachten sich im gleichen Zeitraum um das 13.884.200 Mio.fache. Man muß annehmen, daß die reaktionäre Regierung das Volk um mehr als 15 Mrd. Silber Yuan 'erleichtert' hat."⁹⁵

Auch wenn die hier wiedergegebenen Zahlen übertrieben sein mögen, war Propaganda dieser Art doch Wasser auf die Mühlen der inflationsgeschädigten "Volksmassen" - nicht zuletzt in Taiwan, dessen Bevölkerung die Geldentwertung fassungslos und ungläubig staunend erlebte.

Dies also war die Situation Mitte 1949: einem knappen Güterangebot stand eine astronomische Geldmenge gegenüber. Theoretisch war die Therapie des Übels ganz einfach. Man mußte lediglich die Gütermenge erhöhen und den Geldüberhang drastisch reduzieren. Doch wie sollte diese Sisyphusaufgabe in der Praxis bewältigt werden?

Da die militärische Lage auf dem Festland zu dieser Zeit bereits Düsteres ahnen ließ, und da sich die Nationalregierung an den fünf Fingern einer Hand ausrechnen konnte, daß ihr schon bald nichts anderes übrigbliebe als nach Taiwan überzusiedeln, mußte es ratsam erscheinen, dort im Vorgriff günstige Bedingungen zu schaffen; würde es doch von einem kranken Taiwan aus nie mehr eine Möglichkeit zur Rückkehr auf das Festland geben.

3.3.4.2.

Die Währungsreform von 1949

Angesichts solcher Perspektiven beschloß die Regierung in Nanjing, die Inflation auf Taiwan mit einem dreifachen Instrumentarium zu kurieren, nämlich einer Währungsreform, mit "interessanten" Sparzinsen und mit dem Einsatz amerikanischer Hilfsgelder, wie sie zu dieser Zeit bereits im Rahmen des Marshallplans gewährt wurden.

Unter Führung der Bank von Taiwan begann am 15. Juni 1949 die Währungsreform, in deren Folge der "Alte Taiwan-Dollar" (vom Mai 1946) durch den "Neuen Taiwan-Dollar" ersetzt wurde, und zwar in einem Verhältnis von 40.000:1. Gleichzeitig wurde der NT\$ zu 100% mit Goldreserven gedeckt und auf einen festen Wechselkurs von 5 NT\$ = 1 US\$ festgelegt. Das Gold war im letzten Augenblick doch noch von der Nationalregierung zur Verfügung gestellt worden, die sich inzwischen offensichtlich eines Besseren besonnen hatte.

Um zu verhindern, daß die NT\$ sogleich wieder konsumtiv verausgabt würden, lockte die Bank von Taiwan mit hohen Zinsen zum Sparen an.

3.3.4.3.

Die Hilfe der USA

Von entscheidender Bedeutung für die Konsolidierung der Währung erwies sich aber nicht zuletzt die Hilfe der USA. Washington hatte im Rahmen des Marshallplans bereits 1948

170 Mio.US\$ zur Verfügung gestellt, doch begann der Dollar für die Inselwirtschaft erst nach dem Ausbruch des Koreakriegs (im Juni 1950) so richtig zu rollen. Ziel der amerikanischen Hilfe war es, die soziale und politische Lage in Taiwan zu stabilisieren, um auf diese Weise einen kräftigen Partner im Kampf gegen die kommunistische Gefahr zu gewinnen - ein in der damaligen US-Außenpolitik vorrangiges Ziel!

Die amerikanische Hilfe wurde nicht auf direktem Weg zur Verfügung gestellt, sondern durchlief einen Kreislauf, dessen Mechanismus sich als ebenso genial wie effizient erwies und sich aus drei Komponenten zusammensetzte:

Da war erstens die Einrichtung eines "Konto für die Hilfe an Taiwan", das z.T. mit unentgeltlichen Hilfs-, z.T. aber auch mit Kreditgeldern bestückt wurde.

Von dieser Quelle konnte sich Taibeis bedienen, indem es eine Liste benötigter Güter (z.B. Maschinen oder Rohmaterialien) zusammenstellte, diese Liste von der US Aid Mission in Taibeis abzeichnen ließ und die Waren sodann in den USA (oder in anderen westlichen Ländern, incl. Taiwan) zu Lasten des Kontos bestellte.

Der dritte Schritt bestand nun darin, daß die für diese Besorgungen zuständigen taiwanesischen Regierungsstellen die Güter an taiwanesischen Betriebe oder Einzelpersonen weiterverkauften und den daraus erzielten Gewinn auf einen bei der "Bank of Taiwan" errichteten "Counterpartfonds der US-Hilfe" einzahlten. Über die Verwendung dieser Counterpart-Gewinne konnten dann beide Regierungen gemeinsam entscheiden.⁹⁶

Die Unterstützung der USA erwies sich als gewaltiger An Schub für die wirtschaftliche - und militärische - Stabilisierung Taiwans. In den 15 Jahren zwischen 1950 und 1965 belief sich die amerikanische Wirtschaftshilfe auf 1,338 Mrd.US\$ und die Militärhilfe auf 2,384 Mrd.US\$.⁹⁷ Zusammen genommen belief sich die amerikanische Wirtschafts- und Militärhilfe auf jährlich rd. 280 Mio.US\$, eine Summe, die etwa 14-18% des damaligen jährlichen BSP ausmachte.

Mit diesen Geldern konnte vor allem die Gütermenge erhöht und damit ein weiterer Stabilitätseffekt erreicht werden. Die USA lieferten zu Beginn der fünfziger Jahre vor allem Baumwolle, Weizen und Düngemittel - und unterstützten damit indirekt auch die Importsubstitutionspolitik Taiwans, vor allem im Textilfertigungsbereich. Die Counterpart-Gelder wurden in den 15 Jahren zu 73,1% für den Ankauf von Rohmaterialien, zu 20,8% für Investitionsgüter und zu lediglich 6,1% für Konsumgüter verwendet.⁹⁸

Nur bei wenigen anderen Ländern haben die USA mit ihrer Unterstützung ein ähnliches "Wirtschaftswunder" auslösen können, wie bei Taiwan - dies sollte nicht nur zu Ehren Washingtons, sondern auch Taibeis und der Inselwirtschaft gesagt werden!

Ohne die US-Hilfe freilich hätte Taiwan damals seine Probleme nicht so mühelos, ganz gewiß aber nicht so schnell meistern können, wie es in den fünfziger Jahren geschehen ist. Mit den US-Geldern wurde nicht nur die Produktion angeheizt und das Importsubstitutionsprogramm gefördert, sondern gleichzeitig auch das damals chronische Haushalts- und Zahlungsbilanzdefizit der Inselwirtschaft ausgeglichen. Ganz besonders aber kamen die Dollars der damaligen Währungsreform zugute und haben damit erheblich zur politischen Stabilisierung der Inselgesellschaft beigetragen.

3.4.

Die Schwingtüre Außenpolitik

Auch nach Übersiedlung auf die Insel verstand sich die GMD-Regierung als authentische Repräsentantin jener "Republik China" (Zhonghua minguo), die am 1. Januar 1912 unter Führung Dr. Sun Yixians gegründet worden war. Taiwan galt nach wie vor als eine Provinz der Republik China und Taibeis als provisorischer Regierungssitz der legitimen Regierung, die sofort nach der "Rückgewinnung" des Festlands (guangfu dalu) in ihre angestammte Hauptstadt Nanjing zurückziehen würde.

Dieses Selbstverständnis schlug sich auch auf die Außenpolitik Taibeis nieder - und wurde im übrigen von der damaligen internationalen Gemeinschaft zunächst auch noch weitgehend bestätigt, sieht man einmal von wenigen Ausnahmen, vor allem den soziali-

stischen Ländern Europas und Asiens, ab, die die VR China bereits 1949 diplomatisch anerkannten.

Die USA leisteten den Bemühungen Taibeis, seine Legitimität außenpolitisch zu wahren, kräftigen Rückenwind, ohne allerdings verhindern zu können, daß einige Staaten ins Lager der VR China überschwenkten. Zu diesen damals noch als "Exoten" empfundenen Ländern gehörten 1950 Indien, Birma, Indonesien, Schweden, die Schweiz, Dänemark und Finnland, 1951 Pakistan, 1954 Großbritannien, Norwegen und die Niederlande, 1955 Jugoslawien, Nepal und Afghanistan, 1956 Syrien, Jemen und Ägypten, 1957 Sri Lanka, 1958 Kambodscha, Irak, Marokko und Sudan, 1959 Guinea und 1960 Kuba, Somalia und Ghana.

Erst nach der "Afrika-Safari" Zhou Enlais (1963/64)⁹⁹ und am Vorabend der Chinavisite des US-Präsidenten Nixon (1972)¹⁰⁰ sollten größere Einbrüche in die Phalanx der diplomatischen Front Taiwans erfolgen. 1971 ging die RCh auf einen Schlag all ihrer Positionen in der UNO, nicht zuletzt auch ihres Sitzes im Ständigen Ausschuss des Sicherheitsrats, der ihr bis dahin den Status eingeräumt hatte, verlustig.

Am 6. Januar 1950 ließ Taibeis die Muskeln spielen und brach - in Befolgung seiner Hallstein-Doktrin - die diplomatischen Beziehungen zu London ab, das kurz vorher die VR China anerkannt hatte (offizielle Beziehungen zu ihr freilich erst 1954 aufnahm).

Diplomatisches Hauptereignis der fünfziger Jahre war die Unterzeichnung des chinesisch-japanischen Friedensvertrags am 28.10.1951 in Taibeis, der zur Wiederannäherung Taiwans an den früheren Kolonialherrn führte - diesmal allerdings im Zeichen der Gleichberechtigung und des Schlußschlusses gegenüber dem gemeinsamen Hauptfeind - "dem" Kommunismus!

Japan bekannte sich in dem Vertrag noch einmal (wie schon in San Francisco) feierlich zur Abtretung Taiwans, der Pescadores sowie der Spratley- und Paracel-Archipel an die RCh, während diese im Gegenzug auf Kriegsreparationsforderungen verzichtete. Dies war der Beginn einer intensiven Zusammenarbeit, die für beide Seiten vor allem wirtschaftliche Früchte tragen sollte.

- 1) Europaarchiv 1947, S.404.
- 2) Europaarchiv 1952, S.5267 ff.
- 3) Sibainian, a.a.O., S.701.
- 4) Zur Situation Taiwans in diesen Jahren vgl. Oskar Weggel, "Zentralregierung und Provinzverwaltung auf Taiwan. Selbstverwaltungsideologie und Verfassungswirklichkeit", in: Verfassung und Recht in Übersee, 1968, S.391-420.
- 5) Sibainian, a.a.O., S.699.
- 6) Dazu Oskar Weggel, "Geschichte Chinas im 20.Jahrhundert", Stuttgart 1989, S.49.
- 7) Dazu ebenda, S.52 ff.
- 8) Beschreibung bei George H.Kerr, "Formosa Betrayed", London 1966, S.10 ff.
- 9) Ebenda, S.106 f. und 111.
- 10) Ebenda, S.190.
- 11) Ebenda, S.191.
- 12) Ebenda, S.122.
- 13) Ebenda, S.139. Die Namen der Betriebsleiter, die bis auf wenige Ausnahmen vom Festland stammten, sind aufgelistet in Sibainian, a.a.O., S.931 f. Näheres dazu in Übersicht 19.
- 14) Ebenda, S.140.
- 15) Ebenda, S.194.
- 16) Sibainian, a.a.O., S.749.
- 17) Yang Lianggong und He Wenhan.
- 18) LHB, 5., 10. und 11.3.88 und Nieh in C.a., März 1988, Ü 47 (fortan zitiert als "Bericht").
- 19) Sibainian, a.a.O., S.751 ff.
- 20) Ebenda, S.759 ff.; zur "Ausbreitungsroute" s.Karte ebenda, S.758 und 763.
- 21) Kerr, a.a.O., S.263.
- 22) Sibainian, a.a.O., S.761.
- 23) Kerr, a.a.O., S.278 ff.
- 24) Sibainian, a.a.O., S.767 ff.
- 25) Ebenda, S.273.
- 26) Im Wortlaut abgedruckt bei Kerr, a.a.O., S.475-479 und Sibainian, a.a.O., S.777-779.
- 27) Kerr, a.a.O., S.299-302.
- 28) Ebenda, S.303-305.
- 29) Dazu Sibainian, a.a.O., S.783.
- 30) Kerr, a.a.O., S.368, 396; Biographical Dictionary, a.a.O., vol.I, S.250-254.
- 31) Der Verfassungstext findet sich in jeder Ausgabe des regierungsoffiziellen "Yearbook der Republik China" sowie vor allem, was den ursprünglichen Text anbelangt, in der Sammlung "Liu fa quan shu" ("Sämtliche Texte der sechs Gesetze"), hier zit. nach der Ausgabe Taipei 1966, S.1-15.
- 32) Zu diesen Bestimmungen vgl. Liu fa, S.623-635 und S.670-679.
- 33) Liu fa, a.a.O., S.629 f.
- 34) Näheres dazu Yu-Hsi Nieh in C.a., Juli 1987, Ü 45.
- 35) In der Übersetzung abgedruckt in "A Compilation of the Laws of the Republic of China", vol.2, Taipei 1967, S.31-38.
- 36) Vgl. dazu die "Bestimmungen über die Bestrafung von Verstößen gegen die Generalmobilmachung" in Liu fa, a.a.O., S.674 f.
- 37) Liu fa, ebenda, S.16 f.
- 38) Dazu Oskar Weggel, "Geschichte und Gegenwartsbezug. Der Bürgerkrieg", C.a., Januar 1988, S.41 ff., hier S.45.
- 39) Wie z.B. der texanische Professor Anthony Kubek in seinem Buch "Amerasia Papers: A Clue to the Catastrophe of China", US Government Printing Office, Washington D.C. 1970.
- 40) So auch Keiji Furuya und Chang Chunming, "Chiang Kai-shek. His Life and Times", New York 1981, S.800-805.
- 41) So die Ansprache Liu Shaoqis am 1.Mai 1950, People's China, 16.5.50, S.7.
- 42) So Mao Zedong, Ausgewählte Werke, Bd.V, Peking 1978, S.27.
- 43) Biographical Dictionary, a.a.O., vol.III, S.406-408.
- 44) Dazu Weggel, "Geschichte Chinas im 20.Jahrhundert", Stuttgart 1989, S.53 ff.
- 45) Ebenda, S.96 ff.
- 46) Dazu ebenda, S.128, 134.
- 47) Biographical Dictionary, a.a.O., vol.I, S.152-160.
- 48) Biographical Dictionary, a.a.O., vol.III, S.438-440.
- 49) Kerr, a.a.O., S.391-393.
- 50) Kerr, a.a.O., S.395.
- 51) Kerr, a.a.O., S.366.
- 52) Vgl. dazu den Bericht Zhou Enlais in "People's China", Suppl. vom 1.9.1954, S.10.
- 53) NCNA, 13.2.55.
- 54) NCNA, 13.2.55.
- 55) Dazu CiA, August 1984, S.26-30.
- 56) Text in Europaarchiv 1955, S.7254 ff.
- 57) SWB, Nr.3417 A 3, S.1-3.
- 58) Abgedruckt in "Blick übers Meer. Chinesische Erzählungen aus Taiwan", Edition Suhrkamp, Nr.1129, Frankfurt a.M. 1982, S.328 ff.
- 59) Zu den Einzelheiten "Fifty Questions about Kinmen", hrsg. vom "Kinmen Verteidigungskommando", April 1964, 2.Auflage, S.3.
- 60) Vgl. in diesem Zusammenhang Oskar Weggel, "Geschichte Chinas im 20.Jahrhundert", Stuttgart 1989, S.207 ff.
- 61) John R.Thomas, "Soviet Behaviour in the Quemoy Crisis of 1958", Orbis, vol.VI, no.1 (1962), S.57 f.
- 62) New York Times, 24.10.58.
- 63) "Fifty Questions", a.a.O., S.6.
- 64) Vgl. die Festansprache Jiang Jieshis vom "Doppelzehnten" (10.Oktober) 1967, Free China Weekly, 15.10.67, S.5.
- 65) Wego W.K.Chiang, "The Strategic Significance of Taiwan in the Global Strategic Picture", Taipei 1977.
- 66) Ebenda, S.8.
- 67) Ebenda, S.1-26.
- 68) Ebenda, S.37.
- 69) Vgl. dazu im einzelnen Oskar Weggel, "Xinjiang. Das zentralasiatische China. Eine Landeskunde", Bd.138 der Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg 1984, S.36 ff.
- 70) Ebenda, S.39 ff.; 43 ff.
- 71) Ebenda, S.56 ff.
- 72) Ebenda, S.66 f.
- 73) Taiwan Statistical Databook 1989, Taipei 1989, S.4.
- 74) Taiwan Statistical Data Book 1989, a.a.O., S.66.
- 75) Einzelheiten Chen Cheng, "Land Reform in Taiwan", Taipei 1961, mit einem Appendix, in dem die einschlägigen Gesetze und Rechtsverordnungen, Musterverträge, Reisgutschriften etc. aufgeführt sind, ebenda, S.131 ff.
- 76) Liu fa, a.a.O., S.1083-1107.
- 77) Engl. Übersetzung des Bodengesetzes in Chen Cheng, a.a.O., S.133-180.
- 78) Ebenda, S.202-212.
- 79) Vgl. u.a. JCRR General Report I, Taipei 1950, und JCRR, its Organization, Policies and Objectives, and Contributions to the Agricultural Department of Taiwan, Taipei 1973.
- 80) Liu fa, a.a.O., S.1189.
- 81) Taipei 1989, S.67.
- 82) Vgl. dazu Kwoh Min-hsieh, "Farmers Association and their Contribution toward Rural Development in Taiwan", Bangkok 1966.
- 83) Abgedruckt bei Chen Cheng, a.a.O., S.275-292.
- 84) Sie alle sind namentlich aufgezählt in Chen Daqing, Hg., "Taiwan sheng tongzhi" ("Mitteilungen der Provinz Taiwan"), Taipei o.J. (fortan "tongzhi"), Bd.3, S.445 ff.
- 85) Ebenda, S.445 ff.
- 86) Ebenda, S.447-463 mit Hunderten von - namentlich aufgeführten - einschlägigen Genossenschaften.
- 87) Aufgezählt ebenda, S.463-468.
- 88) Lee Teng-Hui Hsieh S.C., "Agricultural Development and its Contribution to Economic Growth in Taiwan: Input - Output and Productivity Analysis of Taiwan's Agricultural Development", Taipei, JCRR 1966.
- 89) Sai, S.85.
- 90) Zhonghua minguo guoqing jianjie ("Kurze Darstellung der Staatsangelegenheiten der Republik China"), hg. von der Regierung, Taipei 1980, S.13; fortan: "Guoqing jianjie".
- 91) Sibainian, a.a.O., S.930 ff.
- 92) Sibainian, a.a.O., S.930 ff.
- 93) Sai, a.a.O., S.127 ff.
- 94) Sibainian, a.a.O., S.729-738.
- 95) People's China 1955, Nr.6, S.11.
- 96) Einzelheiten dazu in Neil H.Jacoby, "US Aid to Taiwan. A Study of Foreign Aid, Self-Help and Development", New York, Washington, London 1966, vor allem S.29 ff.; Ziele der US-Hilfe, S.55 ff.; China Aid Mission: S.74 ff.; "Aid Allocation", S.224; Counterpartfunds.
- 97) U.S. Overseas Loans and Grants and Assistance, International Organization, Obligations and Loan Authorization, July 1, 1945 - June 30, 1967, Special Report Prepared for the House of Foreign Affairs Committee, S.63.
- 98) Aufgliederung der gesamten US-Hilfe in den jeweiligen "Taiwan Statistical Databooks", hier von 1989, Taipei 1989, S.251-266. Die "U.S. Aid" wird in den Databooks jeweils unter Abschnitt 12 wiedergegeben.
- 99) Dazu Näheres Oskar Weggel, "Weltgeltung der VR China. Zwischen Verweigerung und Impansionismus", München 1986, S.214 ff.
- 100) Ebenda, S.177 ff.